

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 9. Januar 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Geschlossen in den Wahlkampf!

Einmütig hat der preussische Parteitag die ihm von der Landeskommission empfohlene Resolution über die Wahlreform angenommen. Einmütig wird das preussische Proletariat in den Wahlkampf eintreten. Die Phalanx wird fest geschlossen sein; die Wahlpropaganda sowohl wie die Wahltaktik wird nach einheitlichen Grundrissen geübt werden. Veröhnlich, wie bei aller Schärfe der Meinungsdivergenzen und bei aller Herausarbeitung der trennenden Gesichtspunkte die ganze Debatte geführt wurde, klang sie auch aus. Und wir wollen es gern anerkennen, daß die Genossen, die andere Resolutionen vorgeschlagen hatten, durch Zurückziehung ihrer Resolutionen und ihre Zustimmung zu der Resolution der Landeskommission den Eindruck der Einmütigkeit in erfreulicher Weise verstärken halfen, den die vierte Tagung der preussischen Sozialdemokratie hinterlassen hat. Wir wollen es diesen Genossen auch nicht verübeln, daß sie dabei durch kühne Sinecismen-Interpretierungen von ihren Forderungen zu retten suchten, was ihnen zu retten irgend möglich schien. Jedoch werden sie sich wohl so wenig wie der Freisinn der Illusion hingeben, daß der Beschluß des Parteitages schließlich dennoch eine Auslegung erfahren könnte, von der ganz offenbar die ungeheure Mehrheit des Parteitages absolut nichts wissen wollte. Die Grundzüge der Resolution, wonach die unerlässlichen Voraussetzungen unseres Vorgehens in der unbedingten Aufstellung sozialdemokratischer Wahlmänner und wirklicher, vollwertiger Gegenseitigkeit der Wahlunterstützung zu bestehen haben, sind ja auch durch den klaren Wortlaut der Resolution und zum Ueberflus durch die blühenden Deklarationen des Referenten und des Vorsitzenden derartig festgelegt, daß es einen Zweifel gar nicht geben kann. Andererseits bietet die Resolution auch, und zwar mit voller Absicht, den nötigen Spielraum, um allen berechtigten Wünschen und Bedürfnissen lokaler Art Rechnung zu tragen. Will also der Freisinn diesmal durch die Tat beweisen, daß ihm die Forderung einer durchgreifenden Wahlreform nicht eine leere Agitationsphrase, sondern Hergenssache ist, so bietet sich ihm die beste Gelegenheit, das bei den Neuwahlen zum Dreiklassenparlament durch die Tat zu beweisen. Es ist nicht unser Amt, den Freisinn zu bestürmen — er ist Herr seines Willens und muß sich der Verantwortlichkeit und der Tragweite seines Entschlusses selbst bewußt sein. Sollte er indessen auch diesmal versagen, so dürfte er für alle denkenden Wähler seine Rolle als fortschrittliches Element endgültig ausgespielt haben. Und die Sozialdemokratie würde es, das bedarf ja keiner Versicherung, an Anstrengungen wahrhaftig nicht fehlen lassen, den Volksmassen gründlichst die Augen über einen Freisinn zu öffnen, der den angeblichen Kampf um Erringung des gleichen Wahlrechts durch — Anschlag nach rechts, durch Unterstützung der rabiatesten Wahlrechtsfeinde zu führen sucht!

Der Beschluß des Parteitages ist ein rühmliches Zeugnis für die unbedingte Klarheit der politischen Auffassung der Partei. Eingedenk der Mahnung, daß man auch den Parteien nicht aufs Maul, sondern auf die Häute zu sehen hat, hat der Parteitag jeden Gedanken, etwa durch Unterstützung der Nationalliberalen eine Verstärkung der „liberalen“ Linken zu versuchen, weit von sich gewiesen. Nicht deshalb, weil wir in politischer Farbenblindheit so gar keinen Unterschied zwischen den verschiedenen bürgerlichen Parteien zu entdecken vermöchten. Daß sich in einzelnen Fragen auch die Nationalliberalen von den Parteien des schwarzblassen Blocks unterscheiden und daß in gewissen — allerdings seltenen und ganz besonders gearteten Fällen — auch eine Stärkung der Nationalliberalen auf Kosten der übrigen Reaktionen im Interesse des Proletariats liegen kann, ist eine platte Selbstverständlichkeit. Daß aber zurzeit die preussischen Nationalliberalen einen ebenso kompakten Block auf dem Wege zum sozialen und politischen Fortschritt darstellen wie Konservative und Zentrum, das haben die Referenten wie Diskussionsredner gerade dieses Parteitages so schlagend nachgewiesen, daß der Teil des Eisernen Vorschlags, der von der Unterstützung auch der Nationalliberalen handelte, bald als völlig undiskutabel aus den Erwägungen ausschied.

Uebrig blieb nur die Frage, ob die Sozialdemokratie wenigstens ein Interesse daran habe, den Freisinn so stark als möglich in das Dreiklassenhaus einzuziehen zu sehen. Aber auch hier ergab sich, daß die Stärke des Freisinns auf die Gestaltung der zu erwartenden Wahlreform ohne irgendwelchen Einfluß ist, da ja im Zeichen der Dreiklassenmach jede Wahlreform von der Reaktion gemacht wird, sei es von Konservativen und Zentrum, sei es von Konservativen und Nationalliberalen, oder sei es endlich von einem gemeinsamen Kompromißschmach aller drei Parteien. Unter solchen Umständen konnte also von einer Unterstützung des Freisinns unter Opferung eigener Interessen gar keine Rede sein. Da vielmehr gerade das Interesse des Wahlrechtskampfes, wie jedes preussischen Fortschritts überhaupt, die Stärkung der sozialdemokratischen Klassenkampfarmee selbst gebietet, fand die Forderung allgemeinstimmige Zustimmung, den Wahlkampf durch möglichst lückenlose Aufstellung eigener Wahlmännerkandidaten und die Entfaltung der intensivsten und prinzipiellsten Agitation so zu führen,

daß die Armee der sozialistischen Wahlrechtskämpfer die denkbarste Stärkung nach außen wie innen erfährt!

Ist doch auch in der Tat die Erreichung dieses Zieles die erste, ja die einzig verlässliche Garantie wirklicher Erfolge im Kampf gegen die preussische Wahlentrechtung und Unkultur. Und natürlich muß es uns auch auf die möglichste Verstärkung unserer eigenen Landtagsfraktion ankommen. Kann diese Fraktion auch nur im bescheidensten Maße direkte gesetzgeberische Vorteile für die Arbeiterklasse erringen, so lang sie doch außerordentlich viel zur Aufklärung und Aufrüttelung der Volksmassen beitragen und dadurch positive Arbeit der wertvollsten Art leisten. Gerade der Verstärkung der sozialdemokratischen Fraktion wegen aber kann es uns nicht einfallen, dem Freisinn die so ersehnte Unterstützung ohne ausreichende Gegenleistung zu gewähren. Die Forderung der Gegenseitigkeit ist aber auch deshalb um so notwendiger, als sie zugleich die beste Gesinnungs- und Zuverlässigkeitsprobe darstellt. Zeigt der Freisinn nicht einmal joviell Courage und politischen Ernst, um mit der Sozialdemokratie einen Gegenseitigkeitsvertrag abzuschließen, so ist von solch pflaumenweichen Gesellen auch nicht der mindeste Gewinn für die Verfechtung der Volksinteressen im Abgeordnetenhaus zu erwarten!

Diese Erwägungen und die Erkenntnis, daß der Kampf um die Eroberung des preussischen Wahlrechts nicht durch parlamentarische Schachzüge, sondern einzig durch außerparlamentarische Pressionen der eindringlichsten Art erfolgreich geführt werden kann, führten zur Annahme der Resolution der Landeskommission. Sache der Genossen im Lande ist es nun, alle Vorbereitungen zu treffen, um mit dem Wahlkampf, der zugleich eine neue Phase des Wahlrechtskampfes sein muß, rechtzeitig und kraftvoll einsetzen zu können. Es ist zugleich Pflicht der Genossen überall draußen, über die strittige Innehaltung der scharf umrissenen Richtlinien der vom Parteitag angenommenen Resolution zu wachen!

Für die große Kampagne, die unser harter, hat der Parteitag wirksame Munition geliefert. Der Bericht der Landtagsfraktion enthält eine Fülle von Agitationsstoff, der sich noch bereichern und vertiefen läßt durch ein Zurückgehen auf die stenographischen Parlamentsberichte selbst. Auch wird demnächst, wie der Parteivorstand mitteilt, das umfangreiche Handbuch für die Landtagswahlen in völliger Neubearbeitung erscheinen. Besonders wertvoll aber wird uns auch die fürstbare Glendtschilderung und empörende Tatsachensammlung sein, die Genosse Georg Schmidt dem Parteitag durch sein Referat über die Landarbeiterfrage unterbreitet hat. Tut jeder im Lande seine Schuldigkeit, so wird in nicht zu ferner Zukunft die Armee des Landproletariats geschlossen zu dem Heerband des Industrieproletariats gestoßen und der Ansturm der geeinten Streitkräfte unüberwindlich geworden sein! Dann endlich wird die preussische Zwangsburg gebrochen werden, und dann erst wird in Preußen die Macht des Proletariats auch parlamentarisch wahrhaft fruchtbar gemacht werden können!

## Die Balkankrise.

### Friedliche Ausichten.

London, 8. Januar. In den diplomatischen Kreisen Londons herrscht auch weiterhin eine hervorragend friedliche Stimmung, da die Großmächte über die Notwendigkeit einig zu sein scheinen, die Schwierigkeiten zu ebnen, die noch die Lage auf dem Balkan umgeben. Dieser Stand der Dinge scheint auf sämtliche Friedensdelegierte und auf die anderen Kreise, die dem Verlauf der Verhandlungen folgen, Eindruck gemacht zu haben.

#### Serbien erklärt offiziell seine Nachgiebigkeit.

London, 8. Januar. Wie das Reutersche Bureau erfährt, werden die Mächte heute offiziell benachrichtigt werden, daß Serbien zum Beweise seines guten Willens bereit sei, im Interesse des allgemeinen Friedens Opfer zu bringen und sich entschlossen habe, unmittelbar nach dem Friedensschluß seine Truppen von der Küste des Adriatischen Meeres zurückzuziehen. Die serbische Regierung hoffe, indem sie so handle, daß Europa von ihrer Mäßigung Kenntnis nehmen und keine weiteren Opfer verlangen werde, die außerhalb der Grenzen ihrer Macht sein könnten.

#### Oesterreich und Rußland.

London, 8. Januar. Das Reutersche Bureau erfährt, daß sich die Lage zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland in letzter Zeit gebessert habe, nachdem zwischen den beiden Mächten bezüglich der von beiden Seiten getroffenen militärischen Maßnahmen eine offene Darlegung ihrer Ansichten stattgefunden hat.

#### Die Vermittlung der Mächte.

Wien, 8. Januar. Die „Wienische Zeitung“ veröffentlicht folgende Berliner Drahtmeldung: Das Vorgehen der Mächte ist die Frage, auf die sich heute das Augenmerk aller richtet. Aller Voransicht nach wird die gleiche Mitteilung, die von den Großmächten an die Pforte gerichtet werden soll, entgegen anderweitigen Meldungen die Form eines gemeinschaftlichen Schrittes annehmen. Dies entspricht nicht nur dem Wunsche der Mächte, sondern

liegt auch im Interesse der Türkei, indem die zu erwartende Willenserklärung Europas gegen die Fortsetzung des Krieges in möglichst nachdrücklicher Weise abgegeben wird. Ueber die Einleitung direkter Besprechungen zwischen Bulgarien und der Pforte wegen Adrianopels liegen an amtlichen Stellen bestimmte Nachrichten noch nicht vor. Es läßt sich auch noch nicht erkennen, welcher von den verschiedenen Lösungsversuchen für die Frage von Adrianopels die besten Ausichten hat. In mehr oder weniger akademischer Weise werden die verschiedenen Lösungsversuche zur Erörterung gestellt, so beispielsweise die Neutralisierung Adrianopels und die Entfestigung oder eine Teilung der Stadt zwischen Bulgarien und der Türkei oder schließlich die Uebergabe der Stadt an Bulgarien unter Vorbehalt eines exterritorialen Moskuebezirktes zur Verfügung des Sultans. Ähnliche Gestaltungen hat bisher keine dieser Möglichkeiten angenommen.

#### Bulgarisch-türkische Besprechungen!

Wien, 8. Januar. Die „Wienische Zeitung“ meldet aus Konstantinopel: Auf Einladung des bulgarischen Kriegsministers und der Minister des Aeußeren gestern eine Besprechung mit ihm nahe bei Tschataldscha. Die Minister kehrten am Abend zurück und erstatteten sofort dem Ministerrat Bericht.

#### Das Interesse Oesterreichs.

Wien, 8. Januar. Unter Hinweis auf die bevorstehende Mediation der Mächte in der Angelegenheit des Friedensschlusses betont das offizielle „Fremdenblatt“: So sehr man auch in durchsichtiger agitatorischer Absicht Notizen über angebliche Unstimmigkeiten zwischen den Großmächten lancieren will, zeigt jeder Tag die Mächte einig in der Auffassung, daß ein baldiger Friedensschluß eine Notwendigkeit sei. Insbesondere Oesterreich-Ungarn hat das lebhafteste Interesse an einem baldigen Erfolge der Friedensverhandlungen, denn es muß nicht nur die Schäden des Kriegszustandes in der Nachbarschaft am meisten fühlen, vielmehr werden auch nach dem Friedensschluß jene Verhandlungen aufgenommen werden, wodurch die wichtigen Fragen gelöst werden, welche sich für Oesterreich-Ungarn aus der Neugestaltung der Verhältnisse auf dem Balkan ergeben.

#### Das Schicksal Adrianopels.

London, 8. Januar. Wie das Reutersche Bureau erfährt, hat die bulgarische Mission keine offizielle Kenntnis davon, daß die Türkei vorgeschlagen hatte, die Gräber und die Moschee in Adrianopel exterritorial zu lassen. Es sei möglich, daß dies in Sofia angeregt worden sei. Man versichert, daß, wenn die Pforte eine derartige Anregung machen sollte, Bulgarien in dem Wunsche eine noch veröhnlichere Haltung zu zeigen, bereit wäre, dazu seine Zustimmung zu geben.

#### Oesterreich isoliert Montenegro?

Genève, 8. Januar. Die österreichisch-ungarische Regierung hat die Grenze von Bosnien und der Herzegowina abgeschlossen, angeblich wegen der in Montenegro herrschenden Choleraepidemie. Auf diese Weise wird Montenegro allen Verkehres mit den genannten Provinzen beraubt. Von Seiten Montenegros wird zugegeben, daß tatsächlich sich einige Vorfälle ereignet hätten, indessen sei die österreichische Maßnahme umso weniger gerechtfertigt, als Montenegro alles getan hätte, die Kranken zu isolieren und eine weitere Ausbreitung der Seuche zu verhindern.

#### Eine türkische Anleihe.

London, 8. Januar (P.-G.). Ueber die Anleihe, die die türkische Regierung in Londoner Finanzkreisen effektiviert hat, werden noch folgende Einzelheiten bekannt:

Die Pforte wird sofort die Summe von 500 000 Pfund Sterling erhalten und zwar bedingungslos. Im Anleihevertrag hat die türkische Regierung jedoch ausdrücklich anerkannt, daß sie diese 500 000 Pfund nicht zu irgendwelchen militärischen Zwecken zu verwenden beabsichtigt. Der Betrag ist vielmehr zur Bezahlung des rückständigen Soldes und der Beamtengehälter bestimmt, um jedwede Unruhen im Innern Kleinasiens wegen event. Nichtzahlung des Soldes zu vermeiden. Die Banken, die sich zur Zahlung dieses Vorschusses an die Pforte bereit erklärt haben, versprechen weiter, am Tage der Unterzeichnung des Friedens zwischen der Türkei und dem Balkanbund einen zweiten Vorschuß ebenfalls in Höhe von 500 000 Pfund, eventuell noch darüber an die Pforte zu zahlen und an einem noch späteren Termin, wahrscheinlich innerhalb Jahresfrist nach dem Friedensvertrag noch eine dritte Zahlung folgen zu lassen.

## Ein „modernes“ Volksschulgesetz.

Das braunschweigische Ministerium hat seine lieben Braunschweiger mit einem hübschen Neujahrsbescheid beglückt, dem Entwurf eines Volksschulgesetzes, der dem im Januar zusammen tretenden Landtage vorgelegt werden soll. Wenn die braunschweigischen Minister Humor besäßen, könnte man das Schulgesetz für einen schlechten Silvester scherz halten, so mittelalterlich ist es. Bisher unterstand die braunschweigische Volksschule dem Konsistorium. Sie wurde offiziell als lutherisch-evangelische Schule bezeichnet. Der erste Ortsgemeinschaftliche war zugleich Schulinspektor. Der neue Schulgesetzentwurf ist nicht weniger als eine Reform. Er vereinigt eigentlich nur die gestreuten Bestimmungen

Die Insertions-Gebühr

beträgt für die festgesetzte Anzahl Zeilen oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Inserate und Vernehmlichkeitsanzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 20 Pfg. (zweifache Zeilenbreite), jedes weitere Wort 10 Pfg. Einzeiler und Schlußzeilenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

in einem geschlossenen Gesehe. Materieell birgt er nur wenig Neues und fast gar nichts Besseres.

Die Volksschulen bleiben evangelisch-lutherisch. Sie sollen der schulpflichtigen Jugend die Grundlagen christlicher und vaterländischer Bildung verschaffen. Sie bleiben auch unter der Obhut des Konfistoriums. Die Schulen der Stadt Braunschweig werden von dem Konfistorium direkt beaufsichtigt. Für die übrige Schulaufsicht werden sechs Bezirkschulinspektorenstellen neu geschaffen. Diese Bezirkschulinspektoren werden von der Regierung aus den Schulfachmännern oder den Geistlichen ernannt. Damit wäre also eine Art weltliche Schulaufsicht geschaffen. Aber diesem kleinen Schritt vorwärts folgt sogleich ein größerer Schritt rückwärts. Jeder Ort erhält nämlich einen Schulvorstand. In diesen Schulvorstand dürfen nur Mitglieder der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde gewählt werden. Der erste Ortsgeistliche ist stets der Vorsitzende des Schulvorstandes. Dieser Vorsitzende kann jederzeit den Schulunterricht überwiehen und seine Ausstellungen dem Konfistorium und dem Ministerium mitteilen. Der Geistliche bleibt also trotz den Bezirkschulinspektoren Ortschulinspektor.

Auch sonst ist das Gesehe recht liebevoll gearbeitet. Nicht einmal die Dauer der Schulpflicht ist festgelegt. Das Schuljahr dauert vom 1. April bis zum 31. März; bisher von Ostern zu Ostern. Die Schulpflicht beginnt mit dem sechsten Lebensjahre. Kinder, die bis zum 30. Juni sechs Jahre alt werden, sind ebenfalls schulpflichtig. Aber auch fünfjährige Kinder werden aufgenommen, wenn ein Arzt bescheinigt, daß sie kräftig genug sind. Die Schulpflicht dauert bis zum Schluß desjenigen Schuljahres, in dem das Kind das 14. Lebensjahre vollendet oder nach dessen Ablauf das Kind spätestens am folgenden 30. Juni 14 Jahre alt wird. Bisher endete die Schulpflicht mit der Konfirmation.

Eine Höchstzahl der Schulkinder für eine Klasse oder eine Lehrkraft setzt das Gesehe nicht fest. Es soll dafür die „geeignete Durchführung der Aufgabe der Gemeindegemeinschaft“ maßgebend sein. Auch eine Mindestzahl der Schulstunden wird nicht festgesetzt, was auf dem Lande sehr nötig wäre, da die Agrarier die Schulkinder gern auf dem Felde oder bei Treibjagden usw. verwenden und alles aufbieten, um die Schulstunden einzuschränken. Dagegen setzt der Entwurf für die Landschulen eine Höchstzahl der Schulstunden fest. Die wöchentlichen Unterrichtsstunden dürfen im Winter die Zahl 28 und im Sommer die Zahl 24 nicht überschreiten.

Die Gegenstände des Unterrichts, die das Konfistorium im Jahre 1840 festgelegt hatte, sind nicht erweitert worden; nur für Mädchen wird obligatorischer Turnunterricht eingeführt.

Die katholischen, jüdischen und Dissidentenkinder brauchen am evangelisch-lutherischen Religionsunterricht nicht teilzunehmen, falls die Eltern anderweitig für angemessenen Religionsunterricht sorgen. Darüber, ob dieser Unterricht angemessen ist, entscheidet aber allein der evangelisch-lutherische Geistliche. Beisetzungsinstanz ist das Konfistorium. Das hat praktisch die Folge, daß die Dissidentenkinder zwangsweise am evangelisch-lutherischen Religionsunterricht teilnehmen haben. Auch die katholischen und die jüdischen Kinder müssen zwangsweise an dem evangelisch-lutherischen Religionsunterricht teilnehmen, wenn ihre Eltern nicht für angemessenen anderweitigen Religionsunterricht gesorgt haben. In der Begründung heißt es, daß der Unterricht in einer anderen Religion dem Fehlen jeder religiösen Einwirkung vorzuziehen sei.

Auch einen Reiseerparagrafen hat der Entwurf. Die Schule erhält nämlich das Recht, den Kindern die Teilnahme an Veranstaltungen jeder Art zu verbieten, wenn solche Verbote zur Durchführung der Aufgabe, die Kinder christlich und vaterländisch zu erziehen, erforderlich erscheinen. Damit will man die Verhältnisse der aufgelösten Arbeiter treffen.

Schließlich geht die Schulpflicht noch über die Schulzeit hinaus. Das Gesehe verpflichtet nämlich die schulentlassene Jugend auch noch zur Teilnahme an der kirchlichen Kinderlehre. Dabei hat das Herzogtum Braunschweig noch nicht einmal eine obligatorische Fortbildungsschule. Die Einrichtung von Fortbildungsschulen bleibt völlig dem Belieben der Gemeinden überlassen.

Man sieht: das Schulgesehe könnte kaum noch reaktionärer sein. Dessenungeachtet ist es ziemlich wahrscheinlich, daß der Dreiklassenlandtag den Entwurf nicht etwa ablehnen oder verbessern, sondern noch weiter verschlechtern wird. So regiert man nun einmal in Braunschweig. Die nationalliberale „Landeszeitung“ aber preist den Verfasser des Schulgesehetwurfes, den Justiz- und Kultusminister Wolff, als einen liberalen Mann, „der seine durch das bisherige Leben und Streben bewährten freiheitlichen Grundzüge dem Entwurfsaufgeprägt“ habe. Ja, das nationalliberale Blatt findet sogar, daß dieses Volksschulgesehe in Summa einen großen Fortschritt bedeute.

Schlecht kommen in dem braunschweigischen Schulgesehe die Lehrerinnen weg. Die Lehrerin, die heiratet, wird sofort entlassen. Und heiratet sie erst, nachdem sie in den wohlverdienten Ruhestand getreten ist, so wird ihr sofort die Pension entzogen. Die Begründung findet diese rigorosen Bestimmungen einfach selbstverständlich.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 8. Januar 1913.

### Wagenmangel und andere Mängel.

Der Reichstag kam in seiner ersten Sitzung nach den Weihnachtstagen endlich zur Behandlung der sozialdemokratischen Interpellation über den Wagenmangel im preussischen Eisenbahnbetriebe. Unsere Fraktion hatte die Interpellation eingebracht, als sich die vielfachen schädlichen Wirkungen dieser preussischen Rückständigkeit auf Handel und Wandel und auf die Lebensverhältnisse von Hunderttausenden von Arbeitern unmittelbar und in außerordentlich starkem Maße zeigten. Das war im November und Dezember vorigen Jahres. Die Geschäftslage des Reichstags und kleine Korrekturen der Tagesordnungen der letzten Sitzungen im alten Jahre hatten aber verhindert, daß die Interpellation noch vor Weihnachten zur Erörterung gelangte.

Diese Hinausschiebung der Besprechung hat ihr etwas vom Reiz der Unmittelbarkeit genommen. Aber es wurde von dem Genossen König, der die Interpellation mit guter Sachkunde und guten Gründen als notwendig nachwies, mit Recht darauf hingewiesen, daß es sich bei dem Wagenmangel nicht um eine einmalige und bald vorübergehende Erscheinung handelt, sondern daß er neben vielen anderen Mängeln im preussischen Eisenbahnwesen auf Unzulänglichkeiten, Rückständigheiten und Unmahbarkeiten im System der preussischen Eisenbahnverwaltung zurückzuführen ist, so daß wir sehr bald wieder mit einem neuen starken Wagenmangel neben dem dauernden Wagenmangel überrascht werden können, wenn nicht dem System gründlich zu Leibe gegangen wird.

Leider bietet sich dem Reichstage dafür nur eine unzulängliche Handhabe, da das Eisenbahnwesen in der Hauptsache eine Privatangelegenheit Preußens ist und das Reich nur sehr unzureichende Aufsichtsrechte besitzt. Das zeigte sich auch

in der bezeichnenden Tatsache, daß der eigentliche Verantwortliche für die vorhandenen Mängel, der preussische Eisenbahnminister v. Breitenbach, nicht erschienen war, sondern das Reichseisenbahnamt mit seiner Verteidigung beauftragt hatte. Herr Waderzapp unterzog sich dieser dankbaren Aufgabe auch mit all dem Eifer und Fleiß, den die schwachen Reichsbehörden in ihrer gottgewollten Abhängigkeit den starken Männern der preussischen Ressorts schuldig sind. Die preussische Eisenbahnverwaltung ist so unschuldig und brav, kein Engel ist so rein! Aber dafür brachte der Herr Reichsbeamte das bescheidene Maß von Mut, das er zweimäßig gegen die preussische Wirtschaft hätte lehren müssen, gegen den sozialdemokratischen Redner auf. Das ist ungehörlich und empfindlich außerdem in eindrucksvoller Weise nach oben. Mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Bergarbeiter und Eisenbahner sich zu beschäftigen, wie es der sozialdemokratische Interpellant getan habe, sei nicht Aufgabe des Reichstags.

Als ob wir die Herren je danach fragen würden, mit welchen Gründen wir unsere Interpellationen zu belegen haben! Für Breitenbach, Waderzapp und ihresgleichen kommen natürlich nur die Schäden in Betracht, die der Wagenmangel allenfalls den Profiten der Bergherren und anderer Kapitalisten zufügt. Für die Sozialdemokraten kommt aber in erster Linie das Interesse der Arbeiter in Betracht. Genosse König hatte deshalb mit vollem Zug und Recht die unerhörten wirtschaftlichen Nachteile, die Ausfälle an Lohn, die Verschlechterung der Arbeitszeit und ähnliche Wirkungen, die der Wagenmangel für Hunderttausende von Arbeitern im Gefolge gehabt hat, zur Sprache gebracht.

Die bürgerlichen Redner hielten ihre Kritik fast alle in dem engen Rahmen, den „staatserkaltende“ Parteien den Staatsbehörden gegenüber für notwendig halten. Der Zentrumsredner Bell brachte bei dieser Gelegenheit keine Rede an den Mann, die ihm bei den Beratungen des preussischen Landtags ein Schlufantrag im Bufen festgelegt hatte. Der Nationalliberale Schwabach wußte zwar allerlei Mißstände zur Sprache zu bringen, aber er beschränkte sich der vorrichtigen Form, die den Pelz waschen will, ohne ihn naß zu machen. Der Konservativ Graf Rantzsch machte die geliebte preussische Regierung herauszukommen, indem er ungeheure Zahlenberge bis auf Heller und Pfennig mit ungeheurer wichtiger Geberde vor dem Hause aufstürzte. Aber der Freimüthige Dove stieß diese künstlichen Berge mit einem Fußtritt zusammen und zeigte, daß sie nur Attrappen gewesen waren. Auch in seinen übrigen Ausführungen rückte Dove schlagfertig und mit wüthiger Schärfe der Rückständigkeit im preussischen Eisenbahnwesen zu Leibe. Er verlangte vermehrte Kompetenzen des Reiches durch ein Reichseisenbahngesehe, damit die Reichsbehörden nicht wie bisher nur die Rolle von Schutzengeln für die preussischen Bureaukraten zu spielen hätten. Den Schluf bildete der Vole Sosinski, dessen Ausführungen über die Rückwirkung des Wagenmangels auf die Beschäftigung der Arbeiter vom Präsidenten in unberechtigter Empfindlichkeit als nicht zur Sache gehörig unterbrochen wurden.

Am Donnerstag geht die Besprechung der Interpellation weiter. Von unserer Seite wird Genosse Dittmann zum Wort kommen.

### Trotz glänzender Finanzen keine Steuererleichterungen.

Ein glänzendes Bild der preussischen Finanzen war es, das der Minister Lenz am Mittwoch bei der Einbringung des Etats im Abgeordnetenhaus entrollte. Seit Jahren schlossen die Etatsentwürfe mit Defizit ab, aber diese Defizite waren einmal künstliche, insofern als weit höhere Summen in den Ausgleichsfonds abgeführt wurden, und zweitens stellte es sich bei dem Jahresabluß heraus, daß die Defizite nicht nur nicht verschwunden, sondern daß sogar beträchtliche Ueberschüsse an ihre Stelle getreten waren. Im Jahre 1911 rechnete die Regierung mit einem Fehlbetrag. Und was war das Ergebnis? Ein Ueberschuß von mehr als 7 Millionen zu den bereits in den Ausgleichsfonds abgeführten 172 Millionen. Noch glänzender war das Bild 1912. Anstatt des erwarteten Fehlbetrages von 19 Millionen ein Ueberschuß in gleicher Höhe, wozu noch 150 Millionen Rücklage in den Ausgleichsfonds kommen, etwa 100 Millionen Mark mehr als man erwartet hatte. Die Regierung schwimmt also förmlich im Golde. Trotzdem zeichnet sie sich weiter durch eine unangebrachte Sparsamkeit, um nicht zu sagen, durch Knauerigkeit, aus. Wiederholt hat das Abgeordnetenhaus noch in den letzten Monaten eine Besserstellung der gering besoldeten Beamten verlangt. Die Regierung tritt diesen Wunsch des Hauses mit Füßen. Jeder erkennt die Kollage der Unterbeamten an, aber, so meint der Finanzminister kalten Blutes, die Beamten müssen sich mit der Teuerung der Lebensmittel eben genau so abfinden wie alle anderen Staatsbürger. Ein netter Trost! Schade nur, daß niemand davon satt werden kann. Oder glaubt Herr Lenz vielleicht, die in Aussicht genommene Erhöhung der Unterstützungsfonds ist ein Ersatz für die vorenthaltene Zulage? Ganz abgesehen davon, daß in den Genuss der Unterstützung nur solche Beamte kommen, deren „gute Gesinnung“ über jeden Zweifel erhaben ist, sollte die Regierung doch endlich einsehen, daß die Beamten sich nicht mit Wohlthaten abspießen lassen wollen, sondern daß sie ein Recht auf eine den veränderten Verhältnissen entsprechende Bezahlung ihrer Arbeit haben. Daß der Regierung die Mittel dazu fehlen, ist eine leere Ausrede. Gerade der neue Etat, dessen Hauptzahlen wir bereits früher mitgeteilt haben, ist der beste Beweis dafür, daß die Finanzlage noch glänzender ist als bisher. Einnahmen und Ausgaben halten ohne Anleihen das Gleichgewicht, das Defizit ist aus der Welt geschafft.

Nun sollte man annehmen, daß die Regierung dann wenigstens auf die Steuerzuschläge verzichten würde. Aber auch davon ist keine Rede, sie braucht das Geld zwar nicht, aber in ihrer Unerfährtheit will sie immer mehr haben. So wird auf der einen Seite Geld ins Ungemessene aufgehäuft. Auf der anderen Seite freilich ist die Regierung nobel; da, wo es sich um die Bekämpfung der Sozialdemokratie handelt, ist von Sparsamkeit nichts bei ihr zu hören. Läßt sie sich doch die Bekämpfung der proletarischen Jugendbewegung jetzt sogar 2½ Millionen kosten, damit auch die weiblichen Arbeiterkinder den Segen hurratriotischer Erziehung kennen lernen. Daß die Ankündigung dieser Maßnahme lebhafteste Begeisterung im Dreiklassenparlament fand, ist selbstredend. Wie die Masse des Volkes darüber denkt, wird der Sprecher der Sozialdemokratie bei den am Sonnabend beginnenden Etatsberatungen zum Ausdruck bringen.

### Der unerfährliche Moloeh.

Am 27. April 1912 schrieb der „Vorwärts“ am Schluß einer Artikelserie, in der die letzte große Wehrvorlage kritisiert wurde:

Wir haben schon mehrmals angedeutet, daß man aus der vorliegenden Wehrvorlage schon die kommende in ihren Einzelheiten herauskonstruieren kann.

Die kommende Wehrvorlage wird, spätestens im Jahre 1915, mindestens fordern:

15 Bataillone Infanterie, Friedensformation von zirka 6 Kavalleriedivisionen, Umwandlung der Feldartilleriebatterien mit 6 Geschützen zu solchen mit 4 Geschützen, weiterer Ausbau der Militärfließschiffahrt und der technischen Truppen.

Wie recht wir mit unserer Propheieung hatten, geht aus folgender Ankündigung in der letzten Nummer der „Post“ hervor:

Eine neue Militärvorlage wird in nächster Zeit, voraussichtlich noch im Monat Januar, dem Reichstage vorgelegt werden. Sie ist bestimmt, alle Lücken auszufüllen, die die letzte Militärvorlage noch hat bestehen lassen. Vor allen Dingen wird die Stärke der Kompagnien so bedeutend erhöht werden, daß sie allen Anforderungen gewachsen ist und eine vorzügliche Ausbildung der Leute gewährleistet wird. Außerdem werden die sechsten dritten Bataillone nachgefordert, die Kavalleriedivisionen schon im Frieden aufgestellt und die Ersatzreserve wie früher zu einer Ausbildung mit der Waffe einberufen. Die bereits bei einigen Armeekorps bestehenden, über die normale Zahl hinausgehenden Brigaden und Regimenter sollen zu einem neuen Armeekorps zusammengefaßt werden. Auch den Wünschen der Artillerie nach höherer Spannung usw. wird durchaus Rechnung getragen werden.

Sollte sich diese Mitteilung der „Post“ bestätigen — und sie klingt gar nicht so unwahrscheinlich —, so wäre das eine Belastung des deutschen Volkes, die an Rücksichtslosigkeit kaum übertroffen werden kann. Die Wehrvorlage des Jahres 1912 ist noch nicht fertig durchgeführt, und schon magt man mit einer neuen zu kommen. Und dabei das alte perfide Spiel mit den auszufüllenden „Lücken“! Besonders interessant ist auch, daß die „Post“ den Wunsch äußert, diese neue Rüstungsforderung solle Wilhelm II. in diesem Jahre gleichsam als Jubiläumsgeschenk präsentiert werden.

Die Arbeiterchaft hat dieser gewissenlosen Rüstungshege mit noch größerer Energie als bisher entgegengetreten.

### Die Aussicht auf Beförderung.

Die Herren Offiziere in höheren Stellungen treiben seit einiger Zeit eine höchst intensive Agitation für die Heeresvermehrung, nicht nur in öffentlichen Versammlungen und Kriegervereinskonventikeln, sondern auch in der Presse. Und zumeist sind die von ihnen geschriebenen Artikel, wie zugestanden werden muß, recht interessant. Verstehen die Herren auch nicht, aus welchen „militärischen“ Gründen sie und ihre Standesgenossen die geforderte Heeresvermehrung für unbedingt nötig halten — und da stellt sich dann heraus, daß der Wunsch, die Avancementsverhältnisse „aufzubessern“, das heißt das Verlangen, schneller zu avancieren, eine ganz wesentliche Rolle spielt.

Recht deutlich illustriert das wieder ein Artikel des Generalmajors z. D. von Gersdorff, den die „Post“ veröffentlicht. Der Herr Generalmajor hält selbstverständlich die Heeresvorlagen von 1911 und 1912 für völlig ungenügend. Es muß unbedingt schlauwagt eine weitere starke Erhöhung vorgenommen werden. Am liebsten wäre ihm die sofortige Errichtung „der 18 noch fehlenden Bataillone unserer kleinen Infanterieregimenter und die Erhöhung sämtlicher Bataillone der Infanterie auf eine Friedensstärke von 700 Mann“ — also die Erhöhung der Friedensstärke der Infanterie um ungefähr 80000 Mann. Doch Herr Generalmajor z. D. von Gersdorff nimmt Rücksichten; er tut es — wenigstens vorläufig — auch etwas billiger, indem er erklärt:

„Als Mindestforderung hat die Erhöhung der Etats sämtlicher Kompagnien auf mindestens 150 Köpfe zu erfolgen. Diese Stärke wurde als das Minimum der Friedensstärke der Kompagnien zur Zeit der gefehlichen Festlegung des zweijährigen aktiven Dienstes der Fußtruppen gefordert. Eine starke Friedenspräsenz der Infanterie ermöglicht allein eine kurz bemessene und dabei genügende Ausbildung der Truppe; sie ist bei zweijähriger Dienstzeit die beste Gewähr für eine selbstgefugte Kriegerkompagnie, sie erleichtert die Mobilmachung wesentlich.“

Für die Infanterie reicht das zunächst aus; doch darf die Kavallerie nicht übergangen werden. Auch sie hat eine Verstärkung nötig:

„Die Heeresvermehrungen von 1911 und 1912 haben die Reiterwaffe so gut wie ganz vernachlässigt. Sie aber bedarf ebenso notwendig wie die Infanterie für ihre Friedensausbildung einer Erhöhung der Friedensstärke der Eskadrons, und zwar auf 150 brauchbare Dienstpferde. Heute schleppen sich die Eskadrons im Kriegsfall noch mit Augmentationspferden herum, die ihre Leistungsfähigkeit herabsetzen. Falls diese Pferde zu Beginn des Krieges zu Hause gelassen werden, dann tritt die deutsche Kriegeskadron sowohl der französischen wie auch der russischen mit einem Minus von 15 Pferden entgegen; ein Ausfall, der heute nicht mehr durch die deutsche Länge gutzumachen ist, da zurzeit sowohl Russen wie Franzosen ebenfalls Längen führen.“

Also auch eine beträchtliche Vermehrung der Kavallerie. Weiter ist eine bedeutende Verstärkung der Feldartillerie durchaus erforderlich, und schließlich mindestens auch noch eine Vermehrung der Pioniertruppen „erwünscht“.

Als Gründe für diese Forderungen führt Herr Generalmajor z. D. von Gersdorff noch bekannter Schablone an, daß Deutschland möglichst stark gemacht werden müsse, um einer Koalition seiner Gegner Frankreich, England, Rußland gewachsen zu sein. Als ganz besonderer Vorteil aber erscheint ihm, daß durch solche Vermehrung zugleich die Avancementsverhältnisse viel günstiger gestaltet werden. Wörtlich sagt er:

„Das unsere Beförderungsverhältnisse innerhalb des Offizierkorps einer Aufbesserung bedürfen, beweisen die Zahlen, wo es heute einer 16jährigen Laufbahn als Offizier bedarf, um Hauptmann zu werden, wo es bei der Feldartillerie Hauptleute gibt, die erst nach 10jähriger Offizierdienstzeit das Hauptmannsgehalt beziehen. Das beste Mittel, diesen Mißständen zu begegnen, ist die Vermehrung der aktiven Stabsoffizierstellungen in der Armee. Jämervoll mit dieser eine Schaffung von Führerstellungen für unsere Reserverformationen mit Vorteil zu verbinden sei, möge sich unsere Militärverwaltung vergegenwärtigen.“

Wir verstehen, daß die Herren Offiziere das Bedürfnis haben, schneller befördert zu werden — nur vermögen wir nicht einzusehen, daß dieses privaten Bedürfnisses wegen dem deutschen Volk Hunderte von Millionen Mark neuer Steuern auferlegt werden und das Deutsche Reich dem Bankrott entgegengetrieben werden soll.

## In Gnadens zugelassen.

In der Provinz Hannover liegen sich Konservativen und National-Liberale arg in den Haaren, hat doch Herr Diederich Hahn das Wort geprägt, er werde nicht eher zuhause, als bis der letzte National-Liberale aus der Provinz Hannover verdrängt sei. Einstweilen ist freilich Herr Diederich Hahn selbst aus der Provinz verdrängt worden, denn er verlor sein Reichstagsmandat an den nationalliberalen Freiherrn v. Nitzsch. In den letzten Tagen haben nun die Konservativen einen großen Kummel in Hannover inszeniert, wozu man sich als Hauptattraktion den Herrn Graf v. Oldenburg-Januschau verschrieben hatte. Mit der Wahl dieses Mannes zum Hauptredner war der Veranstaltung der Stempel aufgedrückt. Natürlich redete hinterher auch der Diederich Hahn noch. Die Verhandlungen waren auf den Ton gestimmt: die hannoverschen Nationalliberalen müssen zunächst bei den bevorstehenden Landtagswahlen den Konservativen Schleppeidienste leisten, dann will man Gnade für Recht ergehen lassen und sie wieder in die Blodgemeinschaft aufnehmen.

Das Genie von Januschau redete mit der ihm eigenen Selbstgefälligkeit über die Vorgänge des Adels, der Konservativen und der großen Portemonnaies und spielte dann auf sein bekanntes Wort vom „Leutnant und den zehn Mann“ an. Der Offizier, meinte er, habe nichts in der Politik, und diese, besonders das Parlament, nichts bei dem Offizier zu suchen. Ueberhaupt habe der Offizier nicht auf die Verfassung geschworen — das habe der Redner selbst erst als Amtsvorstand getan —, sondern sei verpflichtet, jeden Befehl des Königs, möge er eine Form haben wie er wolle, auszuführen.

Nachdem die Versammlung auf diese Weise genügend in die politischen Probleme der Gegenwart eingeführt worden war, wurde auf Antrag des Ausschusses Dr. Diederich Hahn folgende Resolution angenommen:

„Der konservative Parteitag für die Provinz Hannover, der von mehr als 1500 Personen besucht ist, erklärt es als die Hauptaufgabe aller Ordnungsparteien, den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit größtem Nachdruck auf der ganzen Linie von neuem wieder aufzunehmen. Die in bedrohlicher Weise zunehmende Macht der Sozialdemokratie sollte den nationalen Liberalismus, vor allem auch in der Provinz Hannover, wieder an die Seite der konservativen Parteien zurückführen zu erneuertem Wettstreit in der Verteidigung der Monarchie, des Vaterlandes und der Interessen der bürgerlichen Gesellschaft. Die tatsächlichen Bündnisse des Freisinn und der Nationalliberalen mit der Sozialdemokratie werden im Endergebnis nur die Sozialdemokratie, nicht aber den Liberalismus zur Herrschaft bringen. Wir erwarten deshalb von der nationalliberalen Partei unserer Provinz, daß sie entsprechend dem Vorgehen in Schleswig-Holstein und Westfalen sich wieder altliberalen Tendenzen zuwendet, da nur unter dieser Voraussetzung ein gemeinsames politisches Arbeiten der konservativen Partei und des gemäßigten Liberalismus und des Zentrums möglich ist.“

Wie man sieht, wissen die konservativen Größen den Drang der Zukunftsmänner und Friedberger, sich als minderwertige Elemente dem konservativ-liberalen Blod anzugliedern zu dürfen, entsprechend zu würdigen.

## Der Reichskanzler und die Besitzsteuer.

Ueber den Stand der Vorbereitungen der Besitzsteuervorlage erzählt die „Chemnitzer Allgemeine Zeitung“ im Gegensatz zur „Königsberger Zeitung“, daß die Konferenz der bundesstaatlichen Finanzminister am Sonnabend mit einer vollständigen Scheidung der Geister geendet habe. Es sei nicht einmal gelungen, auch nur über die Grundzüge des vorzubereitenden Entwurfes eine prinzipielle Einigung herbeizuführen, denn der Reichskanzler wolle mit Rücksicht auf den preussischen Landtag, dem er als Ministerpräsident für seine Schritte im Bundesrat verantwortlich sei, eine Vermögenszuwachssteuer vorschlagen, die nur die beweglichen und die in der Industrie arbeitenden Vermögen trifft. Dabei leite den Kanzler auch die Rücksicht auf das Zentrum und die Konservativen sowie der Gedanke, nicht noch einmal von der Linken des Reichstages ein großes Gesetz gegen die Rechte annehmen zu lassen. Die Einzelstaaten dagegen, mit Ausnahme jener, die wirtschaftlich und politisch von Preußen abhängen, seien im Prinzip für die Wiedereinbringung einer Erbschaftsteuervorlage oder, falls diese keine Aussicht auf Annahme im Reichstage hat, für eine Einigung auf der Grundlage etwa der Devisischen Erbschaftsteuervorschläge. Sie seien entschlossen, mit Rücksicht auf ihre eigenen Finanzen den äußersten Widerstand gegen einen Einbruch des Reiches in das Gebiet der direkten Vermögenssteuer zu leisten. Die innerpolitische Lage kennzeichne sich also dahin, daß zur Reichsregierung und zu Preußen die Kleinstaaten mit Ausnahme der Freien Reichsstädte stehen, zusammen etwa 31 Stimmen im Bundesrat, also eine knappe Mehrheit, falls der Kanzler seinen Willen mit Gewalt durchzusetzen versuchen sollte.

## Bischof Korum gegen die christlichen Gewerkschaften.

Trotz seines Hasses gegen die christlichen Gewerkschaften schien sich bislang der Bischof Korum von Trient in dem Streit zwischen den „Berliner“ und den christlichen Gewerkschaften im Saarrevier neutral verhalten zu wollen, wenigstens wurde nichts von einem Eingreifen des Bischofs in den Streit gemeldet. Wie jetzt bekannt wird, hat er sich aber doch nicht enthalten können, sein Wort gegen die Bestrebungen der Führer des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter zu erheben. Er hat nämlich schon vor einiger Zeit an mehrere Dechanten des Saarreviers ein Schreiben gefandt, das nach der Saarbrücker ultramontanen „Volkszeitung“ lautet:

„Lieber Herr Dechant! Obgleich ich fest überzeugt bin, daß Euer Hochwürden in Ihrer Liebe für Ihre Pfarrkinder alles aufzuwenden werden, sie von dem unseligen Streit zurückzuführen, so glaube ich doch, in letzter Stunde Sie innigst bitten zu sollen, die Arbeiter vor einem unüberlegten Schritt zu warnen. Ohne mich in die schwebenden Fragen im einzelnen einzumischen, bin ich doch der Meinung, daß nach den Erklärungen, die der Herr Minister öffentlich gegeben hat, sowohl betreffs der Arbeitsordnung als auch der allmählichen Erhöhung der Löhne, jeder vernünftige Grund, die Arbeit einzustellen, geschwunden sein dürfte. Ich hoffe und bitte zu Gott, daß die Vergleiche nicht daselbst ein Ende für sich und ihre Familien und ihre Zukunft hinaufschweben, das sie nach dem Streit von 1893 betroffen hat. Wie bitter haben die guten Leute es begehren müssen, wie viele haben es mir später selbst gestanden, daß sie damals unsern wohlgemeinten Reden nicht gefolgt, unsere warnende Stimme nicht gehört haben. Eure Hochwürden bitte ich, in geeigneter Weise von dieser meiner Bitte Ihre Herren Kapitulare verständigen zu wollen. Wir wollen alle innigst beten, daß die Volkshaft des Friedens, welche in diesen Tagen verflücht wurde, in die Herzen aller dringen, das Ende des Streits abenden und den Arbeitern die Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche dauernd sichern mögen. In der Liebe Christi Ihr ergebener

R. Fels, Bischof von Trient.

Diese Epistel soll sogar in verschiedenen Kirchen des Saarreviers von der Kanzel verlesen worden sein.

Es ist danach durchaus begreiflich, daß 33 Geistliche des Saarreviers für die „Berliner“ eintraten und Protest gegen die Streikagitation der christlichen Gewerkschaften erhoben.

## Spanien.

### Zur politischen Lage.

Die parlamentarische Rotationsmaschine, die nun seit einem Jahrhundert, seit der 1812 erlassenen, die Prinzipien der großen französischen Revolution nachahmenden Verfassung, die Konservativen und die Liberalen an das Ruder der monarchistischen Regierung bringt, scheint wieder einmal ins Stocken zu geraten: sonst wäre nicht der Graf von Romanones, Spaniens höchster Steuerzahler, der Nachfolger des ermordeten Canalejas im Ministerpräsidium geworden, sondern Maura, Spaniens tüchtigster Reaktionsär. „Es war gar kein Grund vorhanden, der liberalen Partei die Macht zu nehmen, die sie in Händen hatte“, schreibt die liberale Presse Spaniens und versucht selbst dadurch die Bedeutung der Nichtberufung der Konservativen herabzumindern. Bei anderen Gelegenheiten war ebensowenig Grund vorhanden — und trotz alledem hatte sich die Krone das Recht genommen, einen „System“-Befehl eintreten zu lassen, und zwar geschah das sehr oft im Einverständnis mit der Partei, die „enthron“ wurde. Wie sich im Verkehr mit Menschen, die sich nicht besonders leiden mögen, deren Charaktere aber im Grund nicht allzu verschieden voneinander sind, obgleich sich ihre Gesinnungen und manche ihrer Worte zu widersprechen scheinen, schließlich gewisse Manieren finden lassen, die ihnen erlauben, friedlich miteinander zu leben, ohne ganz darauf verzichten zu müssen, sich hier und da Grobheiten zu sagen; so hatte sich auch zwischen der konservativen und der liberalen Partei Spaniens im Laufe der Jahrzehnte eine Sitte herausgebildet, die den Nachhunger aller Stille: die schweigend getroffene Vereinbarung, sich abwechselnd an die Regierung kommen zu lassen. In wirklich parlamentarisch regierten Ländern wie England, ist die Rotation, die einmal den Liberalen, ein anderes Mal den Konservativen das Ministerium gibt, der Ausdruck der Veränderungen, die in der Wählermasse vor sich gehen. In Spanien ist sie nichts anderes, als das was sie auch in Portugal vor der Revolution war: der Ausdruck der tiefen Korruption, die aus dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht ein Regierungsspielzeug macht, und aus dem Parlament eine königliche Bestätigungspuppe. Die Geschichte Spaniens im Verlauf des neunzehnten Jahrhunderts zeigt uns, daß jedes Mal, wenn die Rotationsmaschine aufhörte zu funktionieren, irgendwelche außerordentliche Ereignisse sich vollzogen hatten oder vorbereitet. Revolutionen von unten, militärische Pronunciamientos, karlistische Aufstände brachten sie zum Stillstehen, wie zum Laufen.

Kündigt die Tatsache, daß Alfons der Dreizehnte es nicht wagte, die ihm treu ergebenen Konservativen wieder zur Herrschaft zu berufen, ähnliches an? Vorläufig erscheint das weder von den Einen „befürchtet“, noch von den Andern „erhofft“ zu werden. Der plötzlich unter frischem Zeitungsdonner erfolgte Rücktritt des anerkannten beständigsten Führers der Konservativen, Maura, aus dem politischen Leben, als Antwort auf die Wiederberufung der Liberalen, könnte einen allerdings vermuten lassen, daß sich bedeutungsvolle Dinge dahinter verbergen. Und in Wirklichkeit sind die Gründe, die Alfons den Dreizehnten bewegten, die Konservativen fernzuhalten und Maura bestimmten, freiwillig Abschied zu nehmen, trotzdem er noch im Vollbesitz seiner außerordentlichen Kräfte ist, als Entwicklungssymptome sehr interessant. Das letzte Ministerium Maura, dessen clerikal-reaktionärer Fanatismus nicht im geringsten durch das jüdische Blut gemildert wurde, das in den Adern seines Präsidenten floß, wurde bekanntlich von dem Sturm, der aus allen Ländern Europas nach der Ermordung Ferrers über die Pyrenäen brauste und den Rebellen in Katalonien ein internationales Echo verlieh, weggefegt. Das liberale Ministerium Moret, das ihm folgte, entsprach den Forderungen der öffentlichen Meinung nicht. Es hatte nur eine besondere Eigenschaft, daß die Person seines Präsidenten Moret dem früheren Ministerpräsidenten Maura verhaßter war als irgendeine andere. Dadurch wurde jede Unterstützung des neuen liberalen Ministeriums durch die Konservativen unmöglich. Das änderte sich sofort nach dem Sturz von Moret, der von Maura freudig begrüßt wurde. In einer Rede, die er damals in einer konservativen Versammlung hielt, kündigte Maura an, daß nun auf der Basis der Konstitution ein „Zusammenarbeiten der Konservativen mit den Liberalen wieder möglich“ wurde, und daß die Konservativen sogar bereit wären, mit den Liberalen über die Lösung der religiösen Frage, d. h. über das Verhältnis zum Vatikan, zu diskutieren und keineswegs der Regierungstätigkeit des neuen Ministeriums eine blinde Opposition entgegenzusetzen wollten. Und doch kam Canalejas von der äußersten bürgerlich-monarchistischen Linken, von den Demokraten, deren Kritik sich in vielem mit der republikanischen deckte, aber Canalejas hatte Maura zu erkennen gegeben, daß nach ihm die Konservativen wieder daran kommen sollten: das Rotationsbedürfnis der Gestürzten hatte damit die moralische Genugtuung erhalten, die ihnen das Warten erleichterte. Und da Herr Maura ebenso fest davon überzeugt war, daß die Berufung des temperamentvollen Canalejas die Zersplitterung unter den Liberalen nur fördern würde — als Canalejas an seine große Zukunft eines „demokratischen Reorganisators des spanischen Liberalismus und Spaniens“ glaubte, so konnten sich der alte und der neue „Herr“ ruhig ins Gesicht sehen. In der ersten Zeit seiner Regierung hatte sich Canalejas oft über die Konservativen weniger zu beklagen, als über die Liberalen. Als seine Autorität unter den Liberalen jedoch langsam stieg, und zwar in demselben Maße, indem er gewisse Teile seines alten radikal-demokratischen Programms unberührt liegen ließ, als ihm die liberale Mehrheit anfangs willig zu folgen, wurden die Konservativen unter Maura wieder rebellischer, besonders, als sie sahen, daß Canalejas gar nicht daran dachte, die Rotationsmaschine in Bewegung zu setzen, und in der letzten Zeit kam es in den Cortes häufig zu lebhaften Zusammenstößen zwischen Canalejas und Maura.

Als nun eines Morgens Canalejas auf der Puerta del Sol erschossen wurde, erdient es Maura ganz natürlich, daß der König ihn rufen würde: erstens, weil die Regierungszeit der Liberalen abgelaufen war nach der konservativen Uhr und zweitens, weil die Partei Mauras noch jedesmal zur blutigen Ausrottung aller Revolutionäre gerufen wurde, wenn ein „großes Attentat“ verübt worden war. Und es ist gar keine Frage, daß der König vor einigen Jahren noch als Antwort auf einen Schuß, der dem Ministerpräsidenten das Leben kostete, nicht nur die Konservativen mit der Regierung beauftragt, sondern die Militärdiktatur über ganze Landes- teile verhängt hatte. Und ebensowenig kann es bezweifelt

werden, daß es der Hofkamarilla für wenigen Jahren noch gelungen wäre, den König im Laufe so vieler Wochen, wie sie zwischen der ersten Berufung von Romanones und der Erneuerung des „königlichen Vertrauens“ liegen, zu überzeugen, daß sein Heil nur bei den kirchenfrommen Konservativen liege.

Der Befehl, der sich seit den revolutionären Ereignissen von 1910 in Spanien vollzogen hat, besteht darin, daß die Angst des Königs vor einer Revolution mächtig gestiegen ist, daß diese infolge der Kustände in Katalonien und der Erziehung Ferrers entstandene Angst verstärkt wurde durch den Zusammenbruch der portugiesischen Monarchie, durch die systematisch-antimonarchische Agitation der seit 1910 bestehenden sozialistisch-republikanischen Koalition, durch das Wachstum der Arbeiterorganisationen und durch die Entschiedenheit, mit der noch vor einigen Wochen die republikanischen Führer und Genosse Pablo Iglesias in öffentlichen Versammlungen ankündigten: daß man vor keinem Mittel zurückschrecken dürfe, um eine Rückkehr Mauras zu verhindern. Keine Nummer der sozialistischen Blätter erschien, ohne in riesigem Fettdruck die Worte zu enthalten: „Maura wird nicht mehr Minister sein.“ Die konservative Presse gab sich den Anschein, die Sache nicht ernst zu nehmen. Seit Wochen schrieb das Organ Mauras, die „Epoca“, im selbstverständlichen Ton, daß die Konservativen und Maura am 1. Januar wieder an der Regierung sein würden. Man darf annehmen, daß gewisse bössche Elemente Maura geheime Versprechungen gemacht hatten; er hätte sich wohl doch nicht zu solchen Prophezeiungen hinreißen lassen, wenn er nicht glaubte, ganz sicher zu sein. Danach kann man die Enttäuschung und die wütende Beschämtheit Mauras ermessen, als er bei der letzten Ministerkrise, die im Laufe einiger Stunden gelöst war, nicht nur keine Berufung erhielt, das Kabinett zu bilden, sondern überhaupt, wider allem früheren Brauch, nicht einmal zur Besprechung eingeladen wurde.

Abgesehen von der Angst Alfonsos, der „seine Ruhe haben will“, hat eben ein Teil der Hofkamarilla mit Canalejas ganz gute Erfahrungen gemacht, so daß das mit Diamanten, Kreuzen, goldenen Blieden und Adelsmättern geschmückte Gewürm, was sich im königlichen Palast um den Thron wendet, nicht mehr sich zur konservativen Partei zieht. Außerdem mußte der König wohl, daß Mauras Stellung unter den Konservativen etwas erschüttert ist: unter der Führung des früheren konservativen Kammerpräsidenten Dato, den man ohne Ironie zu den „liberalsten“ Geistern Spaniens rechnen muß, hat sich eine Strömung herausgebildet, die mit der brutalen Mauraschen Taktik nicht ganz einverstanden ist, während sich unter der Leitung des früheren Ministers des Innern Lacerda, der von den Sozialisten und Republikanern ebenso gehaßt wird wie Maura, eine ultrareaktionäre Fraktion bildete. Die Persönlichkeit Mauras war zwar stark genug, um die konservative Partei nach außen hin einig erscheinen zu lassen; aber am Hof mußte man, was vorging. Und jetzt, nach dem Abschied Mauras, ist eine Spaltung der konservativen Partei fast unvermeidlich. Von den übrigbleibenden konservativen Führern, wie Besada, Azcarraga, dem früheren Senatspräsidenten Lacerda, Dato, Alejandro, Vidal, besitzt keiner die Autorität Mauras, und der Sohn Mauras, der Graf de Mortera, der seine Studien zum Teil in Deutschland machte und sich nach seiner Rückkehr als „christlicher Sozialist“ ausgab, ist noch zu jung, um die Hoffnungen zu erfüllen, die von den Konservativen auf ihn gesetzt werden.

Der Abgang Mauras ist die schwerste Niederlage, von der die Konservativen Spaniens getroffen werden konnten — und einer der stärksten moralischen Siege der Sozialisten und der Republikaner. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Konservativen der Krone deshalb abtrünnig werden: wenn der Karlistismus noch irgend eine Rolle spielen würde, dann könnten sie vielleicht, wie sie es schon früher taten, sich eine Zeitlang karlistisch gebärden, um den König Angst einzujagen. Aber der Karlistismus ist nur noch ein Phantom. „Ob Alfons der Dreizehnte sich die Krone dadurch rettet, daß er die Konservativen ausschließt?“, fragen einige Blätter. Und andere gehen weiter und fragen: „Ob er sich mit der Krone auch den Stoff rettet?“ ... Die Möglichkeit einer Revolution erscheint niemanden ausgeschlossen, den Zugeständnissen zum Trotz, die von der Monarchie gemacht werden können. Alfons der Dreizehnte möchte zweifellos durch seine Schwänkung nach links den ihm ungünstigen Gang der Dinge mindestens verlangsamen. Wer weiß aber, ob er morgen nicht wieder völlig nach rechts fällt. Und wer möchte ihm garantieren, daß der spanische Thron gerettet werden kann durch Konzessionen, daß er ebensowenig untergehen wird, als einst die Sonne im Reich Karls des Fünften?

## Aus Industrie und Handel.

Der Geschäftsgang im Ledergerber hatte im Jahre 1912 unter manderlei Hemmnissen zu leiden. Die Rohmaterialien verteuerten sich immens und auch der Vorkost der Häuteaktionen, der im letzten Viertel des Jahres durchgeführt wurde, hatte nur einen Augenblickserfolg. Andererseits begegnete eine Steigerung der Verkaufspreise durch die Lederindustrie immer besonderen Schwierigkeiten, da die Ueberlegenheit im Schuhwarengeschäft eine Erhöhung der Lederpreise durch den Detailhandel kaum noch zuläßt. Die Gewinne der Lederfabriken sind durch die bezeichnete Entwicklung im Jahre 1912 weiter zurückgegangen, nachdem schon die vorigen Geschäftsberichte durchschnittlich flinkende Rentabilität aufwiesen. Von Januar bis November 1912 publizierten nämlich 21 Aktienbetriebe der Lederfabrikation ihre Bilanzen in einer Form, die einen Vergleich mit dem vorhergehenden Geschäftsbericht ermöglicht. Das gesamte Nominalkapital dieser Unternehmungen erhöhte sich von 1910/11 auf 1911/12 um eine Million Mark auf 30,44 Millionen Mark. Die Dividendensumme ging gleichzeitig von 2,89 Millionen Mark auf 2,43 Millionen Mark zurück. Bezogen auf das jeweilige Aktienkapital sank die Durchschnittsdividende mithin von 7,5 auf 6,3 Prozent. Von den beiden nächstverwandten Betriebszweigen hatte auch die Gummifabrikation einen Rückgang ihres Gesamtergebnisses zu verzeichnen. Gleichwohl hielt sich die Gewinnbeteiligung der Aktionäre auf sehr befriedigender Höhe. Es liegen aus den ersten 11 Monaten des Jahres 1912 insgesamt 26 vergleichbare Bilanzen von Aktiengesellschaften der Gummifabrikation vor. Die Ergebnisse dieser Unternehmungen nahmen folgende Entwicklung:

	Aktienkapital in Mark	Dividendensumme in Mark	Dividende in Prozent
1910/11	57 881 000	7 859 000	13,6
1911/12	60 716 000	6 787 000	11,2

Von den Produktionszweigen der besprochenen Gruppe haben, allein die Vinoleumfabriken eine auffragende Entwicklung genommen, wie auch die Zukunftsaussichten dieses Zweiges besonders günstig erscheinen. Mit Vinoleumgesellschaften mit 25,45 Mill. Mark Aktienkapital schätzten 1910/11 im ganzen 25,48 Mill. Mark Dividende aus; die gleichen Unternehmungen verteilten auf ein erhöhtes Normalkapital von 27,31 Mill. Mark im letzten Jahr 2,87 Mill. Mark Dividende. Gemessen am jeweiligen Nominalkapital wuchs die Durchschnittsdividende der Vinoleumindustrie demnach von 8,7 Proz. auf 10,5 Proz.

# Gewerkschaftliches.

## Warum ist der englische Arbeiter unzufrieden?

Die „Times“ veröffentlichen einen interessanten Artikel über die Arbeiterfrage, der von einem Arbeiter stammt. Nach dem ganzen Inhalt zu urteilen, ist der Verfasser ein konservativer oder liberaler Arbeiter; aber seine Darstellung der Ursachen der allgemeinen proletarischen Unzufriedenheit zeugen von einer klaren Auffassung, die von Tausenden intelligenter englischer Arbeiter geteilt wird. Er schreibt zu dem Thema: „Es ist töricht und nichtig, dem gewöhnlichen Arbeiter zu erklären, wieviel besser es ihm geht, als es seinem Vorgänger zu Anfang des neunzehnten Jahrhunderts ging. Unser Arbeiter lebte damals nicht und lernte die Verhältnisse jener Tage nicht kennen. Wir könnten ebensogut den jungen Aristokraten, der heute in dem Speise- und Schlafwagen eines Expresszuges reist, einladen, eine Postkutsche zu benutzen, als von dem jungen Demokraten zu verlangen, daß er täglich 12 Stunden an sechs Tagen der Woche für 15 Schilling arbeite. Vergleiche mit den Verhältnissen vor einem Jahrhundert, vor einem halben Jahrhundert oder selbst vor einem Vierteljahrhundert sind nutzlos und lächerlich. Damit wir zu rechnen haben, ist die Tatsache, daß es unjetzt Manne selbst nicht so gut geht und daß er nicht so gut behandelt wird wie vor 10 oder 12 Jahren. Die Löhne sind festgehalten oder heruntergegangen. Die Preise der Nahrungsmittel und Genußmittel haben eine erste Steigerung erfahren. Das Arbeitstempo ist beschleunigt worden. Die Perioden der Arbeitslosigkeit sind häufiger. Die allgemeinen Arbeits- und Lebensverhältnisse des Mannes sind wesentlich schlechter, wogegen er hoffte, daß sie schon vor dieser Zeit besser sein würden. Der Arbeiter fühlt lebhaft sowohl den Druck wie die Enttäuschung. Zu gleicher Zeit leidet er von dem störrischen Geschäftsgange und dem wachsenden Reichtum der Nation. Was immer die Ursachen sein mögen, die Tatsache bleibt bestehen, daß es dem Arbeiter heute schlechter geht als vor 10 oder 15 Jahren und daß er sich zu einer besseren Lebenshaltung berechtigt fühlt. Ehe sich unsere Staatsmänner mit Erfolg an die Lösung dieser großen Frage machen können, müssen sie sich erst mit ihrer Größe vertraut machen. Wenn es dem Arbeiter zum Beispiel um 15 Proz. schlechter geht, und er hoffte, daß es ihm um 15 Proz. besser gehen werde, haben wir eine dreißigprozentige Verschärfe.“

Man sehe sich nur das Beweismaterial an. In den fünf Jahren von 1907 bis 1911 war die Arbeitslosigkeit um 100 Proz. größer als in den entsprechenden fünf Jahren vor einem Jahrzehnt. Folgendes sind die Ziffern für die beiden Perioden und den dazwischenliegenden fünfjährigen Zeitraum:

Prozentzahl arbeitsloser Gewerkschafter:	
1897—1901	2,85 Proz.
1902—1907	4,91
1907—1911	5,80

Diese ständig zunehmende Häufigkeit der Perioden der Arbeitslosigkeit fällt schwerer ins Gewicht als der Aufstieg der Löhne. Während die Arbeitslosigkeit jährlich um 10 Proz. zunahm, stiegen die Löhne nur um 1/2 Proz. im Jahre. Folgendes sind die Indizes (Durchschnitt) des Handelsamtes für die Löhne der fünf Hauptberufsgruppen:

1897—1901	95,86
1902—1906	97,28
1907—1911	100,70

Es ist klar, daß der Durchschnittsarbeiter nicht soviel in der letzten Zeit verdient hat, wie er vor 10 oder 12 Jahren verdiente. Das Antreibesystem, die Abschaffung der Ruhepausen, die Neuerteilung der Arbeiterklassen, die Entziehung besonderer Vergütungen für besonders schwere oder schmutzige Arbeiten und andere Neuordnungen, die nie ihren Weg in die offiziellen Berichte finden, haben das bezeichnete Steigen der Löhne seit 1897 oder dahertum mehr als ausgeglichen.

Werfen wir dann einen Blick auf das Steigen der Preise. Wenn wir den Durchschnitt der Indizes des Handelsamtes (1900 = 100) berechnen, finden wir folgende Preise:

Londoner Verlauf.	
Brot:	
1897—1901	102,9
1902—1906	106,3
1907—1911	111,2
Rindfleisch:	
1897—1901	98,8
1902—1906	102,0
1907—1911	108,1
Speck:	
(ein wichtiges englisches Volksernährungsmittel)	
1897—1901	101,6
1902—1906	111,4
1907—1911	125,4

Butter, Eier, Käse, Fische und die meisten anderen gewöhnlichen Nahrungsmittel haben eine ernstliche Preissteigerung erfahren. Dasselbe trifft auf die kleinen Genußmittel wie Bier, Spirituosen und Tabak zu. Es ist sicher, daß es dem Arbeiter heute durchschnittlich um 15 Proz. schlechter geht als zu Ende der neunziger Jahre. Rechnet man dazu die größere Intensität der Arbeit und die Vermehrung des Risikos durch das Antreibesystem in den meisten unserer Industrien, so kann man sich ungefähr ein Bild von der wirklichen Arbeiterfrage machen.“

### Berlin und Umgegend.

#### Tarifverhandlungen im Malergewerbe.

Der für das deutsche Malergewerbe bestehende deutsche Reichstarifvertrag läuft am 15. Februar dieses Jahres ab. Die Verhandlungen zur Erneuerung des Vertrages begannen am 8. Januar unter dem Vorsitz des Herrn Gerichtsdirektors Dr. Brenner in München, Magistratsrat v. Schulz, Berlin und Beigeordneten Rath-Essen im Gewerbegericht zu Berlin. Die bisherigen Vertragskontrahenten waren anwesend; außerdem hatten sich noch als Vertragsteilnehmer gemeldet der Bund deutscher Dekorationsmalermmeister in München, der polnische und der katholische Arbeiterverein. Der Arbeitgeberverband erwidert, alle drei Verbände nicht zuzulassen. Von Arbeiterseite wird hervorgehoben, daß für sie maßgebend sei, ob eine Organisation, die am Tarifvertrage beteiligt sein wolle, auch eine solche sei, die auf dem Boden des Tarifvertrages steht und auch den notwendigen Einspruch besitzt, für die Durchführung des Vertrages wirken zu können. Die Arbeitervereine, die sich gemeldet haben, seien nicht zentralorganisiert, seien auch keine Vereinskassen und müssen deshalb abgewiesen werden. Anders sieht die Sache mit dem Bunde der Dekorationsmalere. Nach ihrem Verfallhalten sei der Bund vertragsfähig, seine Mitglieder beschäftigen auch in verschiedenen Städten Deutschlands eine größere Anzahl Gehilfen, insoweit müsse er zu den Verhandlungen zugelassen werden. Zum mindesten müsse die Frage geklärt werden, ob der Bund bereit ist, den hier zu erneuernden Vertrag hochzuhalten. Von Unternehmerseite wird bestritten, daß der Bund den notwendigen Einspruch ausüben, seien doch seine Mitglieder wegen der Belämpfung der Schmutzkonkurrenz aus dem Unternehmerverband ausgeschlossen, auch die Zahl seiner Mitglieder sei eine viel zu geringe; zudem liege ein Beschluß ihres Verbandstages vor, unter seinen Umständen gemeinsam mit dem Bunde zu verhandeln.

Die Arbeitervertreter ziehen sich darauf zur Beratung zurück. Sie geben nach ihrem Wiedereintritt die Erklärung ab, daß die Argumente, die die Unternehmer vorgebracht, sie nicht überzeugt haben, daß der Bund nicht zuzulassen sei. Da der Unternehmerverband aber sich an seinen Beschlüssen gebunden fühle, wollten sie nicht, daß die Verhandlungen an diesem Punkte scheitern. Sie behielten sich aber das Recht vor, mit Unternehmern, die außerhalb des Unternehmerverbandes stehen, besondere Verträge abzuschließen. Nach längerer Diskussion geben die Unternehmer die Erklärung ab, daß für sie die Frage noch nicht geklärt sei. Da der Bund den § 10 im jetzigen Reichstarif belämpft, erheben sie die Forderung, daß dieser Paragraph in seinem Wortlaut in die abzuschließenden Sonderverträge, aufgenommen werden müsse. Die Arbeitervertreter erkennen an, die Sondertarife in dem Sinne, wie bisher, abzuschließen; daß die Verträge aber vollkommen dem neuen Vertrage entsprechen, dazu können sie sich nicht verpflichten. Die Unparteiischen ziehen sich darauf zurück, um eine protokolllarische Erklärung in Vorschlag zu bringen. Deren Votum wurde nach längerer Beratung von beiden der einzelnen Parteien, wie folgt, angenommen:

„Die Parteien sind sich einerseits darin einig, daß der neue Vertrag nur zwischen den Vertragsparteien abgeschlossen werden soll, andererseits behalten sie sich vor, mit anderen Organisationen Sonderverträge abzuschließen. Diese Sonderverträge sind auf der Grundlage des Reichstarifvertrages aufzubauen und dürfen insbesondere für die am Reichstarifvertrag nicht beteiligten Parteien keine günstigeren Bedingungen enthalten, als sie in dem neu abzuschließenden Vertrage gegeben sind.“

Der Vorsitzende der Unparteiischen gibt bekannt, daß von den Vertragskontrahenten drei Vorlagen vorliegen. Der gegenseitige Austausch hat vor Beginn der Verhandlungen stattgefunden. Von Arbeiterseite werden die Unternehmervertreter ersucht, bevor in die Beratung des Tarifvertrages eingetreten wird, sich vorerst einmal zu äußern, welches Angebot sie hauptsächlich in bezug auf Lohn- und Arbeitszeitverlängerung zu machen haben. Auf den Gang der weiteren Verhandlung dürfte dies nicht ohne Bedeutung sein. Die Unternehmer wünschen auf der Grundlage zu verhandeln; über die Frage der Lohnverlängerung und der Arbeitszeitverlängerung können sie sich nicht äußern, da sie heute erst die Forderung der Arbeiterorganisationen erhalten haben. Sie beantragen die Vertagung der Sitzung bis Donnerstagmorgen 9 Uhr. Der Antrag wurde angenommen.

**Achtung, Fleischergehilfen!** Die Firma Reulöcker Fleischwerke, Inhaber Paul Hilbrich, Reulöcker, Hermannstr. 114, ist wegen Tarifbruchs aus der Liste der tariftreuen Firmen gestrichen. Die Firma ist für organisierte Kollegen gesperrt.

Zentralverband der Fleischer.

### Deutsches Reich.

#### Die Schmiede im Metallarbeiterverbande.

Am den Uebertritt der Schmiede in den Metallarbeiterverband möglichst ungenügend zu beeinflussen, wurden noch kurz vor dem Uebertrittstermin von interessierter Seite Nachrichten verbreitet, wonach eine erhebliche Zahl von Mitgliedern des Schmiedeverbandes nicht geneigt sei, in den Metallarbeiterverband überzutreten, sondern sich anderen, den Zentralverbänden geneigter gestimmten Organisationen anschließen werde. Um sich Gewißheit darüber zu verschaffen, wie weit das eingetreten sei, haben die früheren Verwaltungen des Schmiedeverbandes eine Umfrage veranstaltet. Das Ergebnis dieser Umfrage ist, daß von den im 3. Quartal im Schmiedeverbande gezählten 16.092 Mitgliedern 14.675 in den Metallarbeiterverband übergetreten sind. Die wirkliche Zahl der Uebergetretenen dürfte aber noch etwas größer sein, denn an einzelnen Orten, wo der Schmiedeverband keine Verwaltungsstellen hat, sind ebenfalls Mitglieder übergetreten. In andere freie Gewerkschaften traten 154 ein, in gegnerische (Christ-Dundersche, Christliche, Bienenbalsche und syndikalistische Verbände) 29 (1) Mitglieder. Es verbleiben also 1044 Mitglieder, über deren Organisationsverhältnis nichts festgestellt werden konnte. Man kann aber mit ziemlicher Bestimmtheit sagen, daß rund 15.000 Mitglieder des Schmiedeverbandes bis Anfang Dezember den Uebertritt zum Metallarbeiterverbande vollzogen haben. Die Organisation der Schmiede ist also bis auf einen unbedeutenden Rest zum Metallarbeiterverbande übergegangen und die Schlagfertigkeit der Organisation durch die Verjüngung nicht geschwächt worden.

#### Chemigraphenkonferenz.

In Jena fand kürzlich eine Konferenz von Vertretern der im Verbände der Lithographen, Steinbruder und verwandten Berufe organisierten Chemigraphen und Kupferdrucker statt, die sich hauptsächlich mit dem Ende dieses Jahres erfolgenden Ablauf der Tarifgemeinschaft und der Frage der Erneuerung des Tarifes beschäftigte. Die Zentralkommission, die ihren Sitz in Berlin hat, berichtete, daß sie ständig in enger Fühlung mit dem Hauptvorstande des Verbandes der Lithographen, Steinbruder und verwandten Berufe gestanden habe. Die Tarifgemeinschaft und der Beruf habe sich weiter entwickelt; während im Jahre 1908 der Tarifgemeinschaft 75 Firmen mit 1006 Gehilfen angehörten, sind jetzt in Deutschland 158 tariftreue Firmen mit 2800 Chemigraphen und 200 Kupferdruckern zu verzeichnen. Der Berichterstatter behandelte ausführlich alle schwebenden Berufs- und Tariffragen und präziserte den Standpunkt der Zentralkommission zu diesen Fragen. Die Konferenz erklärte sich einstimmig prinzipiell für die Verlängerung der Tarifgemeinschaft unter der Voraussetzung, daß den berechtigten Wünschen der Gehilfenschaft bei der Tarifrevision in ausreichendem Maße Rechnung getragen wird. Die in der Aussprache geltend gemachten Wünsche sollen als Forderungen rechtzeitig von der Zentralkommission eingereicht werden. Sodann fand eine eingehende Aussprache statt über die neueste Entwicklung der Reproduktionstechnik, wobei hauptsächlich das neue Kupferdruckverfahren erörtert wurde. Einstimmig nahm die Konferenz eine Resolution an, in der darauf hingewiesen wird, daß die neuen Erfindungen von einschneidender und unumwägender Bedeutung für das ganze Illustrationswesen werden können, wodurch die Chemigraphie und der Kupferdruck in stärkerer Weise betroffen werden. Soweit diese neuen Verfahren des Photograviers, Kopiers- und Gypsprozesses betreffen, geschähe dieselben auf rein chemigraphischer Grundlage, weshalb die Chemigraphen und Kupferdrucker die Weisung der hierfür in Betracht kommenden Stellen für sich reklamieren. Die Bedienung der Pressen dürfe nur durch gelernter Kupfer-, Stein-, Licht- und Buchdrucker erfolgen. Die weitere Behandlung der ganzen Angelegenheit wurde der Zentralkommission übertragen. Unter Vorbehalt wurde von der Konferenz noch die Abänderung der Anstellungstabelle für stellensuchende Gehilfen erörtert. Ferner soll auf die ärztliche Untersuchung, besonders der Augen, bei den neu einzustellenden Belehrenden in Zukunft mehr Wert gelegt werden, ebenso sollen die Arbeitsnachweise in engerer Fühlung miteinander treten. Damit waren die zweiwöchigen Beratungen der von einigem Vollen und Handeln belebten Konferenz beendet.

#### Zur Aussperrung der Fischdampfermannschaften an der Unterweser.

Für das Maschinenpersonal sind die Fischdampfer in Grestemünde, Bremerhaven und Norddeich gesperrt. Jeder läßt Solidarität!

#### Maßregelungen in frommen Revelar.

Der Getreidefabrikant A. L. Thum in Revelar hat Mitglieder des christlichen Gewerkschaftsverbandes gemahngelt, weil nach seiner Meinung in Revelar eine Organisation nicht notwendig sei und er, Thum, niemals mit einer Arbeiterorganisation über Lohn- und Arbeitsbedingungen verhandeln würde. Die

Löhne in Revelar sind die miserabelsten im ganzen deutschen Buchbindergerber. Auf die Maßregelung ihrer Kollegen hin haben alle übrigen Arbeiter Thums die Kündigung eingereicht und Thum wird versuchen, seine Arbeiter bei anderen Firmen herstellen zu lassen. Der christliche Verband hat daher den Buchbinderverband ersucht, seine Mitglieder von dem Konflikt in Kenntnis zu setzen, was hiermit geschieht mit der Warnung, keine Arbeit bei der Firma Thum anzunehmen und Streikarbeit zu vermeiden. — Es ist nicht das erste Mal, daß die Verfertiger frommer Letztere ihren christlichen Arbeitern das Koalitionsrecht rauben wollen. Vor einigen Jahren war es in Revelar die Firma Wuhon u. Verker, „Verleger des heiligen Apostolischen Stuhles“ (des Papstes), der es leider gelang, die christliche Johannisliste mit Stumpf und Stiel auszurotten. Wann werden auch die christlichen Arbeiter einsehen, daß nur eine geschlossene Organisation aller Arbeiter solchen Verneinungen entgegenzutreten vermag?

#### Lohnbewegung der Buchbinder in Mainz.

Von allen Großstädten hat Mainz in den Buchbinderbetrieben wohl die schlechtesten Löhne; betragen doch die Wochenlöhne für Gehilfen bis 15 M. herab. Besonders schlecht sind die Lohnverhältnisse, weil überwiegend Arbeiterinnen beschäftigt werden, die Verdiensten verrichten, die anderwärts nur von Gehilfen ausgeführt werden. Dabei erhalten die Arbeiterinnen wahre Hungerlöhne. Ein Großbuchbinderbesitzer zahlt Löhne von 6 M. pro Woche; Spezialarbeiterinnen erhalten 7—9 M. Die Arbeiterkraft unterbreitete den Unternehmern eine Tarifvorlage, die sich in ihren Forderungen in sehr bescheidenen Grenzen hielt. Die Unternehmer, in der Hauptsache Buchbinderbesitzer, erklärten jedoch einen Tarif für unannehmlich. Die Arbeiter und Arbeiterinnen beschlossen nun, die Kündigung einzureichen. In Betracht kommen etwa 200 Personen, davon sind mehr als zwei Drittel Arbeiterinnen. Arbeitsangebote nach Mainz sind deshalb von Buchbindern und Kartongearbeitern und Arbeiterinnen aller Branchen strikte abzulehnen.

#### Nach der Bergarbeiterbewegung im Saargebiet.

Am Sonntag, den 5., und Montag, den 6. Januar, fanden im Saargebiet eine große Anzahl von Versammlungen, einberufen vom alten Verband, statt. In diesen wurde das Treiben der christlichen „Großklappen“ und ihre famose Taktik in das rechte Licht gestellt. Die Versammlungen waren durchgängig alle sehr gut besucht. Selbst in den dunkelsten Ecken, wie im Kellertal, in Füllingen, in Saarlautern, Espieren usw. wurden die Ausführungen der Verbandsredner mit großem Beifall begleitet. Von Interesse waren die Gegenreden der Diskussionsredner des christlichen Gewerksvereins, die in ihrem Eifer um die gute Sache sich und den Gewerksverein schwer in den Sumpf ritten. Von der Grube Richard wurde in der Versammlung zu Louisenthal berichtet, daß dort das Gebilge zu erhöhen, es noch auf einzelnen Arbeitspunkten erniedrigt worden sei! So sieht also die Erfüllung der Versprechungen aus. In den Versammlungen trat zutage, daß die Bergarbeiter jetzt einsehen, daß sie bei all den von den christlichen Strategen gefassten Beschlüssen die Dummen sind. Bei steigender Konjunktur und gleicher Leistung wie vorher sollen die Löhne steigen. Um wieviel die Löhne steigen sollen, wird in der Erklärung nicht gesagt, es liegt das im Belieben der hohen Herren. Die Bergarbeiter können auch nicht begreifen, wie man bei solch leeren Versprechungen noch von Erfolgen reden kann. Mit der Erklärung der Bergarbeiterdirektion, die nichts an der verschlechterten Arbeitsordnung ändert, sondern sie nur erläutert, mit den Versprechungen, die Löhne zu erhöhen, mußten sich die Bergarbeiter abfinden. Die christlichen „Großklappen“ ernten jetzt die Erfolge ihrer Taktik, dadurch, daß die Saarbergleute in Massen dem Gewerksverein den Rücken kehren.

## Aus der Partei.

### Zotenliste der Partei.

Am Sonntagabend starb an den Folgen einer Blinddarmentzündung Genosse Franz Schramm, stellvertretender Geschäftsführer und Faktor der Firma Witt u. Co. Der Verstorbene war seit der Gründung der Münchener Parteibruderei als Geschäftsführer tätig und zeichnete sich durch hervorragende Sachkenntnis und großen Pflanzteifer aus. Schramm war längere Zeit Vorsitzender der Mitgliedschaft München des deutschen Buchbinderverbandes und stand stets in der ersten Reihe während einer stürmischen, an Kämpfen und Aufregungen reichen Periode. Schramm war auch ein eifriger Verehrer des Naturheilverfahrens.

## Letzte Nachrichten.

### Ein Vorschlag des Staatssekretärs Grew.

Konstantinopel, 8. Januar. (B. L. Z.) „Idem“ erfährt, Staatssekretär Grew habe in bezug auf Adrianopel den Vorschlag gemacht, zwischen der Türkei und Bulgarien eine neutrale Zone zu schaffen, von der das Wilajet Adrianopel ein Teil sein soll. Die Verwaltung soll Beamten übertragen werden, die dem türkischen Dienst entnommen werden sollen. Ein ähnlicher Vorschlag wird für die Inseln des griechischen Archipels gemacht werden. Der Vorschlag wird gegenwärtig zwischen den Großmächten beraten. Man glaubt nicht an den Abbruch der Verhandlungen.

### Neue türkische Instruktionen?

Konstantinopel, 8. Januar. (B. L. Z.) Die Mächte melden, daß die Pforte gestern Abend an die türkischen Bevollmächtigten neue Instruktionen abgeschickt habe.

### Ein Wunsch der Muselmanen in Saloniki.

Konstantinopel, 8. Januar. (B. L. Z.) Die aus Saloniki stammenden hier ansässigen sowie zahlreiche hierher geflüchteten Muselmanen beraten seit einigen Tagen über die Entscheidung einer Abordnung nach London, die beim Staatssekretär Grew und den Völkern wegen der Zukunft Salonikis Schritte unternehmen soll. Da die Mehrheit der Bevölkerung Salonikis aus Muselmanen und Israeliten besteht, wird die Deputation verlangen, daß Saloniki in einen Freistaat umgewandelt und als solcher entweder im Besitz der Türkei verbleiben oder internationalisiert werden soll.

### Die neue portugiesische Regierung.

Lissabon, 8. Januar. (B. L. Z.) Das Ministerium hat sich konstituiert. Es setzt sich folgendermaßen zusammen: Ministerpräsident und Premier Alfonso Costa, Kolonien Almeida Ribeiro, Krieg Pereira Passos, Öffentliche Arbeiten Antonio Maria Silva, Marine Freitas Ribeiro, Kulturs Gonsalves Teixeira, Alfonso Costa hat das Finanzministerium Marcos Suga und das Justizministerium Paulo Falcao angeboten.

### Duellierende Politiker.

Budapest, 8. Januar. (B. L. Z.) Heute Abend um 8 Uhr gelangte ein Duell zwischen dem Grafen Tisza und dem Grafen A. L. Szachenyi im hiesigen Festhaus zur Austragung. Nachdem die Sekundanten einen Versöhnungsversuch gemacht hatten, der aber von beiden Seiten abgelehnt wurde, begann das Duell. Graf Tisza versetzte gleich im ersten Gang seinem Gegner einen scharfen Hieb über den Kopf, wodurch die Kampfsfähigkeit des Grafen Szachenyi herabgeführt und das Duell abgebrochen wurde. Graf Szachenyi wurde sofort verbunden und in ein Sanatorium übergeführt. Graf Tisza blieb unversehrt.

### Ein Fernbeben.

Freiburg, 8. Januar. (B. L. Z.) Der Seismograph der Königlich-Preussischen geologischen Reichsanstalt in Freiberg, das 12 1/2 Uhr einschlug und 12 Uhr 48 Min. sein Maximum erreichte. Paul Singer & Co., Berlin SW, Bierga 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

85. Sitzung, Mittwoch, den 8. Januar 1913, nachmittags 2 Uhr.

Vom Bundesrat: Wackerzapp. Präsident Dr. Kaempf wünscht dem Reichstag ein segnetes neues Jahr und erpriehtlichen Erfolg der gemeinschaftlichen Arbeit. (Beifall.) Er gibt dann bekannt, daß Prinzregent Ludwig von Bayern und Ministerpräsident Frhr. v. Hertling für die Trauerumgebung des Reichstags am den Prinzregenten Luitpold gebannt haben und sagt, während sich das Haus erhebt: Am 30. Dezember ist der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, v. Riederer-Wachter gestorben, der 1/2 Jahre lang unter schwierigen Verhältnissen das Auswärtige Amt geleitet und dem Vaterlande große Dienste geleistet hat. Ich habe der Schwester des Verstorbenen das herzlichste Beileid des Reichstags übermittelt und an seiner Bahre einen Kranz niederlegen lassen.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein. Die Genehmigung zur Einleitung eines Privatbeleidigungsprozesses gegen den Abg. Defermann (Vdd.) wird abgelehnt.

Der Wagenmangel.

Es folgt die Beratung folgender sozialdemokratischen Interpellation: Was gedenkt der Reichskanzler als verantwortlicher Leiter des Reichseisenbahnamts zu tun, um gemäß Art. 43 der Reichsverfassung dafür Sorge zu tragen, daß die preussischen Staats-eisenbahnen so mit Betriebsmitteln ausgerüstet werden, wie das Verkehrsbedürfnis es erfordert?

Abg. König (Soz.)

begründet die Interpellation: Man könnte meinen, daß der Anlaß zu unserer Interpellation beseitigt sei, aber zu Weihnachten fehlten noch 5000 Wagen im Industriebezirk und der Wagenmangel kann sehr leicht wieder stärker werden, was auch verschiedene Interessensvertretungen bekräftigen. Die Frage gehört nicht nur vor den preussischen Landtag. Durch die dort abgegebenen Erklärungen sind Industrie und Arbeiterschaft nicht befriedigt, die Versprechungen des Ministers, daß Ende November die Kalamität beendet sein werde, haben sich nicht erfüllt. Im Dezember war der Wagenmangel wieder in aller Schärfe bemerkbar. Die Industrieblätter haben die Regierung heftig angegriffen und gefordert, daß aus den früheren Mängeln jetzt eine Katastrophe geworden sei. Auch in Sachsen und Elsaß-Lothringen hat sich der Wagenmangel gezeigt. Der Reichstag kann also nicht daran vorbeigehen, denn die Industrie und ihre Arbeiter waren durch diese Kalamität schwer getroffen. Die Verfassung verpflichtet das Reich, dafür zu sorgen, daß die Eisenbahnen dem Verkehrsbedürfnis entsprechend ausgestattet werden. 1911 hat Präsident Schulz vom Reichseisenbahnamt auch die Verurteilung des Reichstags zur Rechenschaftsforderung anerkannt. Schon 1907 fehlten etwa 38000 Wagen. Häufig ist diese Frage wieder aufgetaucht. Im verflochtenen Jahre stieg die Zahl der fehlenden Wagen im November bis 28000 Wagen und es wurden 1912 insgesamt 600 000 Wagen auf Anforderung nicht gestellt! (Hört! hört! links.) Auch in Schlefien war das gleiche zu verzeichnen. 96 Proz. der fehlenden Wagen entfielen auf das Ruhrgebiet während vier Monaten, an manchen Tagen fehlten bis 84 Proz. und häufig wurden auch Wagen nicht rechtzeitig gestellt, was alles nachteilig auf Beschäftigung und Löhne der Arbeiter einwirkte. Der Bergbauverein hat rechtzeitig Regierung und Landtag um Abhilfe erlitten. Als der Eisenbahnminister im Ruhrrevier kam, redeten die Industriellen mit ihm mehr in dem Ton, den sie gewohnt sind

mit den Arbeitern zu reden. In ihrer Verzweiflung haben sich sogar die Arbeiterausschüsse an die Behörden um Abhilfe gewandt. Neuerlich ungelunde Verhältnisse im Ruhrgebiet waren die Folge des Wagenmangels. Alle Rebenstrecken waren voller Flüge und die Güterzüge brauchten ungläubliche Zeit, um an nahegelegene Ziele zu kommen.

Die Verwaltung ließ das linksrheinische Empfangsgebiet einfach schließen — Rückführung ins Industriegebiet war die Folge. Ein besonderes Bureau in Dortmund wurde zur Verkehrsregelung eingerichtet, es sollte für schleunige Rückgabe der Wagen sorgen, worin die Industrie eine ihre fründliche Maßregel sah, da man sich um die Bestellung der Wagen keineswegs ebenso bekümmerte. Die Verkehrsperre benachteiligte auch den Personenverkehr, der vielfach Umwege machen mußte. Für den gewaltigen Personenverkehr im Industriegebiet ist überhaupt ganz unzureichend gesorgt; viele der dortigen Bahnhöfe sind wahre Menschenfallen. Notwendige, nach sachmännischem Urteil unerläßliche Erweiterungen der Bahnhöfe, z. B. in Düsseldorf, unterbleiben, weil man den notwendigen Grund dem Millionär Stinnes anheimfallen ließ, der jetzt 10 Millionen dafür verlangt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Und wie sind die Bahnhöfe des Industriegebiets eingerichtet? Die „Pagen Zeitung“ schreibt, daß ein Wartesaal erster Klasse ausreicht als ob er V. Klasse wäre. Anderstwo sind die der IV. Klasse besser. Auf manchen Stationen bleiben die Wartesäle I. und II. Klasse für alle Leute mit Ausnahme einiger benachbarter Junkerfamilien geschlossen! (Hört! hört! h. d. Soz.)

Eine erhebliche Anzahl von Betriebsregulierungen und selbst Einstellungen von Betrieben, die hunderte und tausende Arbeiter und Angestellter in Mitleidenschaft zogen, waren die Folgen des Wagenmangels. Selbst die Eisenbahn hatte ihre Kohlenvorräte brinnig erschöpft. Der Verkehr des Dortmunder Bieres ging zurück, weil er als Frachtgut geliehen mußte. Manche Industrien denken an Schadenersatzprozesse gegen den Staat. Am meisten in Mitleidenschaft gezogen sind wohl die Tagelöhner, die durch den Wagenmangel zu Zwangsfeierlichkeiten verurteilt

wurden. Mehrfach haben die Jugendvereinigungen deswegen Eingaben an die Eisenbahnverwaltung gemacht. Hunderttausende von Vergararbeitern haben in diesen Monaten durch diese Feierlichkeiten enorme Verluste erlitten, die in die Millionen gehen. Der Ausfall an Schichten ist nicht überall gleich gewesen. Die Industrie hat der Eisenbahnverwaltung den Vorwurf gemacht, sie begünstige die staatlichen Gruben. Dieser Vorwurf scheint nicht zuzutreffen, auch auf den staatlichen Gruben mußten vielfach Feierlichkeiten eingelegt werden. Und dieser Verlust traf die Vergararbeiter im Winter, zu einer Zeit, wo ihre Löhne nicht Schritt gehalten hatten mit der Verteuerung aller Lebensbedürfnisse, in der Weihnachtszeit, wo jeder eher mehr Geld braucht und sich nicht so einschränken kann. Das Weihnachtstfest ist für den Bergmann kein Freudenfest gewesen. Fleisch ist für ihn ein Leckerbissen geworden und viele wären froh gewesen, wenn sie ihren Familien etwas Schorkeler-Fleisch hätten verschaffen können. Bei den Kapitalisten war es freilich anders, die haben den Kohlenmangel noch benutzt, um die Kohlenpreise zu steigern. — Das preussische Abgeordnetenhaus wird 90 Millionen bewilligen zur Behebung des entstandenen Verkehrs-mangels und der dadurch verursachten Schäden; ein Teil davon soll auch zur Entschädigung der in staatlichen Gruben Beschäftigten für die Feierlichkeiten verwendet werden. Da sollte man doch auch dem Gedanken näher treten, den Vergararbeitern ein Recht auf Schadloshaltung gegen das Grubenkapital zu gewähren. — Der Minister v. Breitenbach entschuldigte den Wagenmangel mit der ungemein gesteigerten Produktion. Aber das zeugt von staatlicher Ahnungslosigkeit, die privaten Gruben haben

die Förderung dem Bedarf angepaßt, nur die staatlichen nicht, wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ hervorhob. Auf der Konferenz im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wurde dem Minister v. Breitenbach die Unfähigkeit vorgeworfen, die Herren der Bergwerksvertretung verlangen einen vollständigen Systemwechsel, der bergbauliche Verein spricht von einer vollständig ungenügenden Einrichtung im Ressort des Verkehrsministers. Allerdings haben sie im Gegensatz dazu die Dispositionsfähigkeit der Industriellen hervor, um zu betonen, beim Privatbetriebe sei derartige nicht möglich. Sie wollen eben Stimmung gegen die Staatsbetriebe überhaupt machen.

Die Industriellen benutzen diese Zustände, um Stimmung zu machen gegen die Staatsbetriebe und das Schlepplimonopol. Es ist das selbe wie feinerzeit bei der Eisenbahnverstaatlichung. Klappert denn in der Privatindustrie immer alles tabellarisch? — Die ganzen sozialpolitischen Maßnahmen der Eisenbahnverstaatlichung werden über den Haufen geworfen durch die Ueberarbeit in solchen Zeiten. Wir fordern, daß unbedingt allen Eisenbahnern, die Dienstverlängerungen usw. erlitten, die Gratifikation gezahlt wird, was nicht geschehen ist. Und was für Dienstzeiten sind zusammengekommen? Die Gratifikationen dürfen nicht zu einer Brämienswirtschaft ausarten. Manche der überangestregtesten Beamten erhalten

10 Pf. pro Ueberstunde

und da wurden wochenlang von 8—11 Uhr abends Ueberstunden gemacht.

Wenn es aber in Friedenszeiten so aussieht, wie soll das erst in Kriegszeiten werden? Hat man wirklich die benötigten Wagen für den Mobilisierungsfall zurückbehalten? (Hört! hört!) Die Großindustriellen scheinen jetzt etwas gefallen zu sein mit dem Minister. In ihrer Zusammenkunft in Berlin ist der Minister nicht gekommen. Die Herren sagten, es ist kein Schaden, daß er sich ein gutes Diner habe entgehen lassen; aber das Recht zu fahren wie die Agorier, lassen sie sich nicht nehmen — Anstatt die Ausgleichsfonds aus den Eisenbahnüberschüssen zu stärken, sollte man sie lieber zum Ausbau der Eisenbahnen und Wasserstraßen benutzen. Auch bei der Konzeptionierung städtischer Bahnen sollte sich der Minister den Städten freundschaftlicher gegenüberstellen und mit dazu helfen, daß diese Bahnen nicht zu einem Monopol- und Ausbeutungsobjekt werden. — Schuld an den Zuständen trägt die seit Jahren in der preussisch-preussischen Eisenbahngemeinschaft betriebene Profitmachelei. Man benutzt die Eisenbahnüberschüsse zur Niedrighaltung der direkten Steuern der Weisenden. Diese Pluswirtschaft läßt sich bitter an der Industrie, den Konsumenten, den Vergararbeitern und Eisenbahnern. Mithilf ist die Reichsregierung, die ihr Aufsichtrecht nicht ausübt hat. Vom jetzigen Dreifachhaushalt ist Abhilfe nicht zu erwarten, aber wenn erst das preussische Volk sich das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht erkämpft haben wird, dann wird es auch mit der Wirtschaftspolitik der preussischen Staatsbahnen besser werden und sie wird betrieben werden müssen im Interesse des gesamten Volkes. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident des Reichseisenbahnamts Wackerzapp verweist auf die erschöpfende Beratung der Wagenmangelfrage im preussischen Landtag. Es handelt sich in erster Linie um eine reine preussische Angelegenheit. (Sehr wahr! rechts.) Ich kann also auf innere Verhältnisse der preussischen Staatsbahnen nur insoweit eingehen, als nötig ist, um zu prüfen, ob ein Anlaß zum Eingreifen des Reichskanzlers gegeben war. Die bedauerlichen Lohnausfälle der Vergararbeiter usw. sind Landeseigenheiten und gehören nicht direkt zum Gegenstand, ich gehe darauf nicht ein. — Der Redner gibt nun die aus den wiederholten Ministerreden schon bekannten Angaben über den Umfang der Wagennot im Ruhrrevier und die zur Milderung ergriffenen dienlichen Maßnahmen. — Es ist nicht richtig, daß Personalmangel die Ursache der Kalamität war.

Kleines feuilleton.

Kanens Begleiter. Der Tod eines bekannten Polarforschers wird aus Kristiania gemeldet. Frederik Hjalmar Johansen, Kanens treuer und aufopferungsvoller Begleiter bei der berühmten Expedition des „Fram“ in den Jahren 1893—96, ist gestorben. Johansen diente damals als Leutnant in der norwegischen Armee, als aber Kanens Plan bekannt wurde, ruhte er nicht, bis er unter die kleine Mannschaft der „Fram“ aufgenommen worden war: als dieser zog er mit hinaus nach Norden, und Amundsen, der bei der Reise als Ingenieur wirkte, war sein unmittelbarer Vorgesetzter. Als am 5. Januar 1895 die „Fram“ vom Eise umschloffen wurde und Kanens erkannte, daß er mit seinem Schiff nicht weiter nach Norden würde vordringen können, schloß er den Entschluß zu seiner letzten Schiffsreise. Und Johansen wurde sein Begleiter. Am 14. März brachen die beiden Männer mit drei Schlitzen, zwei Kajaks, 28 Hunden und Vorräten für 100 Tage auf, dem Pol entgegen. Drei Wochen lang arbeiteten sie sich unter den furchtbaren Schwierigkeiten vorwärts, bis am 6. April 1895 die höchste nördliche Breite erreicht war, die bis dahin ein menschlicher Fuß betreten hatte. Die Schilderung Kanens über jenen denkwürdigen Augenblick, da man bei 86 Grad 14 Minuten nördlicher Breite das Ziel aufschlug, um dem furchtbaren Schneesturm jenes Tages zu trotzen, ist berühmt geworden: „Hier liegen wir, fern draußen im Norden, zwei düstere, schwarze, schneebedeckte Barboren, und rühren Suppe in einem Kessel, von allen Seiten von Eis umringt; von Eis und nichts anderem — von leuchtendem weissen Eis, das all jene Reinlichkeit besitzt, die wir entbehren. Ach, es ist viel zu rein. Unsere Augen schweifen zum Horizont, um irgend einen dunklen Punkt zu finden, auf dem der Blick ausruhen könnte, doch umsonst. Alle Vögel scheinen heute verschwunden zu sein, nicht einmal ein fröhlicher kleiner Albatros.“ Auf der Rückreise haben die beiden Forscher dem Tod mehr als einmal ins Auge gesehen, haben den ganzen Sommer über auf dem Eise gelebt, und erst im Herbst erreichte man wieder Land: Franz-Josefs-Land. Johansen hat noch an manchen anderen Expeditionen in die Welt des ewigen Eises teilgenommen, aber seine höchste Erinnerung blieb doch stets jene Fahrt mit Kanen und jener 17. Juni, da sie auf der Heimkehr Kapitän Jockson, den Leiter der Hartnsworth-Expedition trafen und sich als gerettet ansehen durften.

Theater.

Deutsches Schauspielhaus: „Der gute Ruf“. Schauspiel von Sudermann. Das die vielfachen und lauten Hervorrufe, mit denen ein Teil des Bremerpublikums dem Autor huldigte, einen länger dauernden Theatererfolg des Stückes verkündeten, ist billig zu bezweifeln. Sudermann, der nach der „Ehre“ von der Kritik ebenso über- wie später nach unterbaltendmäßig besseren Werken unterschätzt wurde, zeigt leider hier die Schwäche seiner Begabung in Kleinformat. Sein inständiger Sinn für Bühnenwirkung, der beispielsweise noch in seinem letzten modernen Drama „Stein unter Steinen“ in der Plastik und den bewegten Konturen einzelner Szenen kraftvoll hervortrat (eine seltene und darum um so höher zu bewertende Anlage), verpufft sich hier in einem Wirrwarr leerer Konstruktionen. Mäßig plantlos schleppen sich die Szenen in den ersten Akten, dann gibt es unter heftigem Piff-Puff ein Scheingefecht mit blind geladenen Gewehren und jeder Schuß geht in verlorener Richtung. Die Spannung, soweit von einer solchen überhaupt die Rede sein kann, ist die Spannung; auf welche neue Art Verdrehtheit die handelnden Personen von Augenblick zu Augenblick verfallen werden. Die Ränkeleien Sardonscher „Gesellschaftsstücke“ sind, streckenlos noch und mehr vergrößert, nachgeahmt. Der Effekt wird nicht dramatisch vor-

bereitet, nicht aus Charakteren und Situationen irgendwie hervor- geholt, ein Haufe bunt zusammengewürfelter Verblüffungen soll ihn erhitzen. Jenes Draufgängerium, das sich über etwaige Bedenken einer intimen Psychologie hinwegsetzt — wozu Talente von spezi- fischen Bühnensinn neigen — hat hier alle zügelnde Kontrolle ab- geworfen. Dazu kommt ein Dialog, der in seiner präntiosen ge- zierten, oft in ungewollte Komik verfallenden Manier die Erinnerung an alle Sünden des seeligen Grafen Trast erneuert — ein Faible für Zornrede, von dem man hoffen durfte, daß es nun end- gültig überwunden.

Die Kommerzienrätin Weisegger, eine Dame, die wie ihre millionenschwerer Gatte sich eines tabellarischen Rufs erfreut, beginnt die Reihe der dramatischen Ueberfahrungen damit, daß sie ihre Freundin, eine Baronin von weniger gutem Ruf, erlucht, sich eines Vetteres der Kommerzienrätin locketierend anzunehmen. Sie hat vor Jahren ein Liebesabenteuer mit dem leichtsinnigen jungen Herrn gehabt und hofft im Stillen, ihn so durch die Vermittlung der Freundin wieder für sich einzufangen. Natürlich verliebt sich die Verführte in der Ausübung ihres Amtes selbst und entwickelt, was freilich niemand ahnen konnte, dabei exemplarische Großmut. Die Reserve, die sie sich bei dem Horte auferlegt, ist nur das kleinste Opfer. Sie wird Zeugin einer Szene, in der die Kommerzienrätin plötzlich zu heroischen Empfindungen erwachend, dem Gatten den Ehedruck von dazumal und ihre unüberwindliche Liebe zu dem Vetter belennen will. Höchst dramatisch hebt die Zeugin an, da flüstert ihr die Freundin zu, der Jüngling denke nicht daran, die feurigen Gefühle zu erwidern und die Kommerzienrätin, plötzlich der Helden- pose wieder überdrüssig, fährt davon. Der argwohnische Gemahl aber nimmt statt seiner Frau die Baronin ins Gebet und diese leistet sich das Vrauvorspiel, die Sade so zu drehen, daß sie die beiden entlastet und selbst als Ehebrecherin und Schuldige dasteht. Das Dämchen avanciert zur Märtyrerin und wird mit Hilfe ähnlicher Verwandlungsstricks im letzten Akte eine moralisch siegende Tetumphantin. Ihre Erklärung hat zu einer Skandalaffäre, einem Duell, in dem der Baron, ein elender abeliger Lumpenkerl verwundet wurde, geführt. Sie will sich scheiden lassen und ihr Brot durch Arbeit verdienen. Allerhand Chancen eines Ausweges werden vor- gegangelt und wiederum gerührt. Endlich läßt der pharisäische Kommerzienrat an, der sie als Unwürdige aus dem Hause wies. Er hat auf Umwegen den wahren Sachverhalt erfahren und bittet sie nun demütig die Entschädigung zu vergeben und seiner kranken Frau als Pflegerin beizustehen. Nun triumphiert sie. Sie ist bereit zu kommen — doch nicht über die Hintertreppe, sondern durch das große Marmorportal, mit allem Pomp empfangen!

Die Aufführung bot keine besonderen schauspielerschen Leistungen. Die beiden weiblichen Hauptrollen lagen in den Händen von Marie Sera und Ella Galafros; in kleineren männlichen Chargen traten die Herren Rissen, Ziegel, Dumde und Paul Otto auf.

Lustspielhaus: „Kajolka“ von Stein und Heller Die Kadiner Kadiner: — Hurra! ural! Hof-, Stragogen-, Kempinski-fähig sind sie ja schon. Und jetzt werden sie auch noch bühnen- fähig. Um von der Kritik „verloren“ zu werden? Gewahre! Sondern um für sich Melkame zu machen. Das nennt man die Wurst nach der Speckseite werfen, dachten wohl die Autoren, als sie das Kadeler-Kadino zu einem Schwanz verarbeitet. Ist mal was Neues; und wenn man will, kann man aus der recht wirksam gesponnenen Handlung allerhand geistreiche Anspielungen auf analoge Vorgänge jüngsten Datums herauslocken. Derog Friedrich ist ein junger Sauerwind und arg verknallt. Zudem hat der Landtag seinen Wunsch auf Löhmungszulage abgelehnt. Was tun — da die Vorhauer nicht recht mehr pumpen wollen? Der Bankier Markus Hamburger hat einen lohnverrettenden Plan. Auf einem Herzoglichen Gut sind große Lager Ton gefunden. Daraus ließen sich doch

Millionen Geldes verdienen, wenn eine Kajolka-Löppe-Fabrik ge- gründet wird. Und das geschieht. Weil jedoch der Betrieb rein militärischen Charakter kriegt und sowohl der Regent wie seine Mutter mehr Moneten verbrauchen, als die Fabrik einbringen kann, so steht die bezugliche „G. m. b. H.“ rasch vor der Pleite. Bah! geschehen, wenn es keine Juden gäbe! Markus Hamburger (Richard Georg) und sein bisheriger Buch- halter Weiskensfeld (Franz Arnold), der nunmehr kaufmännischer Kajolka-Direktor wird, bringen das Unternehmen in Flor. Seren- nissimus geht bei Weiskensfeld in die Lehre, um hinsort die Regenten- pflichten mit der Löppemacherei zu verquicken. Das Geschäft blüht so, daß er freiwillig auf seine Herrschergehe bedingt. Ja, er wagt es sogar, aus Liebe zu heiraten. Eines alten in Milch- und Käse- fabrication machenden Fürsten Albrecht reizendes Töchterlein hat es ihm angetan. Und Signa zeigt: es gibt nicht bloß Potentaten, die komponieren, malen und bildhauern; es gibt auch Löppemacher unter den gekrönten Häuptern. Aber freilich — ohne Abrahams Söhne würden auch sie vom Pleitegeier aufgefressen werden. Der drei- aktige Akt wurde prächtig inszeniert, strotzt gepieilt und von An- fang bis Ende mit knallenden Lachalpen begleitet. Das Verbrä- uen brauchen die Verfasser mitsamt dem Lustspielhaus kaum ernst- lich zu fürchten: beide werden aus dem Rehmstuck — Gold machen. e. k.

Notizen.

— Kunstchronik. Die Zeitschrift „Der Sturm“ zeigt auf ihrer Ausstellung, Königin-Augusta-Strasse 51, 84 Gemälde von C. Müller. — Die Ausstellung ist täglich von 10—6 Uhr, Sonntags von 10—2 Uhr geöffnet.

— Der Kampf um „Paris“. Die Familie Wagner ist mit ihrem Generalstab ausgerückt, um die in Monte Carlo geplante Aufführung des „Paris“ zu verhindern. Das dortige Theater will indes nur vor geladenem Publikum spielen, so daß ihm nicht beigekommen ist. — Der entragierte Wagnerianer Prof. Ulrich Seidl schloß in einem Aufstuf vor, einen Wagnerer Stipendien- fonds zu sammeln, aus dessen Zinsen sämtliche Wagnerer Plätze aufgelauft und an Würdige gratis vergeben werden sollen.

— Heroenverrücktheit. Der französische Direktor Jean Michelin, der in seinen jüngeren Jahren eigene Wege ging und die Lyrik durch neue Stoffe und seltene Behandlung auffrischte, ist heute ein Akademiker mehr. In seinem Berliner Vortrag plauderte er temperamentvoll über das moderne bourgeoise Thema: Napoleon. Er gab Jugenderinnerungen voller Schwärmerei zum besten, registrierte (theatralisch aber schwer verständlich) Napoleonsheil von — anderen und endete mit einer Verklammerung, die man nicht einmal einem Nichts-als-Lyriker verzeihen könnte. Napoleon ist ihm der letzte Held der Mittelmeertrasse, der große Stinger der Zivilisation, den spätere Generationen ähnlich verehren werden. Hoffentlich bekommt Michelin in diesem zukünftigen Pamphlet auch eine kleine Beschäfti- gung — etwa als Leibloch seines Heros.

— Sonder deutschen Südpolarexpedition. Der Walfischfänger „Deutschland“ von der Expedition Pflüger ist in Buenos Aires aus der Antarktis angekommen. Dr. Pflüger ist bei 67 Grad 35 Min. nördlicher Breite und 30 Grad westlicher Länge auf Land gestiegen, das er Prinzregent-Luitpold-Land taufte. Es wird im Westen von einer großen Eisbarriere begrenzt, die Dr. Pflüger Kaiser-Wilhelm-Land nannte. Dr. Pflüger wird im Dezember wieder in die Antarktis reisen, nachdem er sich noch neuem verproviantiert hat. Der Kapitän der „Deutschland“, Bahnel, ist vor der Rückkehr einem Herzleiden erlegen. Der Gesundheitszustand der übrigen Teil- nehmer ist gut. Das Prinzregent-Luitpold-Land erstreckt sich bis zum 76. Grad südlicher Breite.

Es kann nicht bei jeder vielleicht nur vorübergehenden Verkehrs-  
zunahme eine entsprechende Personalvermehrung vorgenommen werden.  
Auch ein Mangel an Güterwagen ist nicht schuld an der Verkehrs-  
störung; wären mehr Wagen vorhanden gewesen, so wäre doch kein  
einziges mehr abgefertigt worden, denn die Bahnhöfe waren  
angefüllt mit vollen Wagen, die nicht abgefertigt werden  
konnten. Die einzige Ursache war die außerordentliche Verkehrs-  
steigerung. Es ist unrichtig, der Eisenbahnverwaltung vorzuwerfen,  
sie habe sie nicht vorhergesehen. Die Eisenbahnverwaltung beobachtet  
dauernd die Entwicklung des Verkehrs und paßt die Betriebsmittel dieser  
Entwicklung an. Die Entwicklung geht, wenn auch in einer Wellenlinie,  
stets aufwärts; aber seit 1900 erhob sich die Welle ganz außerordentlich  
stark. Für die normal zu erwartende Verkehrssteigerung für 1912 hat die  
preussische Eisenbahnverwaltung ausreichend gesorgt, wie der preussische  
Verkehrsminister im preussischen Abgeordnetenhaus eingehend dargelegt  
hat. Das Reichseisenbahnamt hatte also keine Veranlassung, die  
preussische Eisenbahnverwaltung auf die Erfüllung ihrer Pflichten  
hinzuweisen. Außerdem hat der preussische Eisenbahnminister an-  
gelehrt der Erfahrung von 1912 Maßnahmen in Aussicht gestellt,  
durch die in Zukunft auch eine noch größere Verkehrssteigerung be-  
wältigt werden kann. Wir können also ruhig in die Zukunft sehen.  
Auf Antrag des Abg. Haase (Soz.) wird in die Besprechung der  
Interpellation eingetreten.

Abg. Dr. Bell (Z.): Ich muß gegenüber dem Interpellanten die  
Vorwürfe gegen den preussischen Landtag zurückweisen. Seit  
Jahren haben dort die bürgerlichen Parteien, besonders das Zentrum  
auf die bestehenden und drohenden Kalamitäten hingewiesen. — Zu  
der Konferenz über die Mittel zur Behebung der Verkehrsstörung  
hätten auch Beamte und Arbeiter zugezogen werden sollen, dadurch  
hätte sich die Eisenbahnverwaltung nichts vergeben. — Redner  
schildert, wie groß der Wagenmangel war, der im Nordrevier bereits  
im August 1912 einsetzte. Daß die Eisenbahnverwaltung die Ver-  
kehrssteigerung nicht vorhergesehen hat, mag zutreffen; aber unvorher-  
sehbar war sie nicht; unsere Industrie hat sie vorhergesehen und mit  
Ihr gerechnet. Der Redner bespricht Organisationsfragen der Staats-  
bahnverwaltung. Sparsamkeit im Verkehrswesen könnte leicht un-  
angebracht sein. Personen- und Güterverkehr müssen voneinander  
getrennt werden. Die Gütergemeinschaft aller deutschen Staaten wäre  
ein Segen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Schwabach (natl.) beschäftigt sich mit den Ursachen der  
Kalamität, um daraus die Möglichkeit zur Abhilfe abzuleiten. Die  
Staatsbahnen sollen kein bloßes Erwerbsumern sein, sondern sind  
einer der wichtigsten Faktoren im gesamten Volks-  
leben. Sie müssen deshalb unter steter Berücksichtigung der Interessen  
aller Berufsstände geleitet werden. Zur Verhinderung der Kalamität  
haben, wie auch der Eisenbahnminister zugegeben hat, Mängel der  
baulichen Anlagen beigetragen, und diese wirken viel stärker als  
ein vorübergehender Wagenmangel. Deshalb muß ein Bauprogramm  
in großzügiger Weise durchgeführt werden. Die Aufsicht über die  
Verkehrsbehörden der Eisenbahnverwaltung, wie sie in Preußen besteht  
wird, ist eine ganz ungenügende Finanzpolitik, die zur Spekulation  
führt. Im vaterländischen Interesse muß eine Wieder-  
holung der besagten Zustände vermieden werden. (Beifall bei den  
Nationalliberalen.)

Abg. Graf v. Kanitz (L.): Wir bedauern den Wagenmangel und  
seine Folgen sehr, aber es ist doch im Landtag wirklich genug  
darüber geredet worden. Kein Staat der Welt hat so gut aus-  
gerüstete Eisenbahnen wie Preußen, das doppelt soviel Material  
besitzt als alle anderen Bundesstaaten samt dem Reichsland. Könnte  
man nicht die Eisenbahnen etwas mehr durch den Transport der  
Güter auf dem Wasserweg, auch über den Dortmund-Ems-Kanal,  
Nordsee-Kaiser-Wilhelm-Kanal entslasten. Durch die jetzigen Kohlen-  
frachtsätze ist der Verkehr zur Nordsee auf dem Dortmund-Ems-  
Kanal, der doch für diesen Verkehr gebaut ist, nur vermindert  
worden.

Abg. Dove (Sp.): Das Reichseisenbahnamt hat als Aufsichtsbehörde  
darauf zu sehen, daß solche Zustände, wie sie nicht ohne Schuld der Ver-  
waltung entstanden sind, nicht vorkommen — aber es soll  
nicht sagen, nur der niederträchtige Verkehr sei schuld. (Beifall.)  
Den mußte man eben voraussehen. Die Staats-  
gebäude werden ja auch immer mit zu geringem Aus-  
maß gebaut, und wenn sie fertig sind, sind sie zu klein.  
Der kanitzsche Vergleich mit den anderen Bundesstaaten ver-  
schmeißt, daß eine ganze Reihe Bundesstaaten keine Eisenbahnen hat  
und Preußen deren Hauptbesitzer ist. Umso wichtiger ist die  
Ausübung des Aufsichtrechts des Reichs. Bei Konzeptionsgesuchen  
will sich der Fiskus oft genug die guten Wiesen vorbehalten  
und läßt dann dringende Verkehrswünsche — wie bei den Städte-  
bahnen im Westen u. dergl. m. lange unerfüllt. — Schon 1880 forderte  
der Reichstag ein Reichseisenbahngesetz. Es fehlt uns aber  
heute noch an einer Festlegung der Rechte des Reichseisenbahnamts,  
das nicht genügend stark gemacht ist, um gewissen verkehrspolitischen  
Grundsätzen Preußens entgegenzutreten. Es erklärt sich mit den  
preussischen Bahnbauten einverstanden, aber was tut es gegen die  
Unterlassung dringender erforderlicher Bauten? Die Reichsorgane  
sollen hier nicht als Vertreter Preußens auftreten, sondern  
sich hier die Unterstützung holen, um energisch auch gegen  
Preußen, wenn es im allgemeinen Interesse liegt, aufzutreten. (Zeh-  
nhafter Beifall links.)

Abg. Saffold (Volk) betont, daß auch in Obereschlesien  
der Wagenmangel sehr groß ist. Die Reichsregierung hätte ihren  
Einfluß auf den preussischen Fiskus geltend machen müssen. Die  
Schütterung unter der Arbeiterklasse wegen der Lohnverluste ist eine  
sehr große.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr (Fortsetzung der Besprechung,  
Wahlprüfungen, keine Vorlagen).  
Schluß 6 1/2 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

108. Sitzung, Mittwoch, den 8. Januar, nachmittags 2 Uhr.  
Am Ministertisch: Dr. Lenge, v. Dallwitz, Sydow,  
Breitenbach.

Präsident Graf v. Schwerin-Löwis eröffnet die Sitzung mit  
herzlichen Wünschen für das neue Jahr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt

Abg. Arsch (L.) eine Erklärung zu seinen Äußerungen bei der  
Debatte über das Koalitionsrecht der Feuerwehrlente ab. Er hatte  
damals erklärt, auch der Oberbürgermeister von Breslau Dr. Wender  
habe die Feuerwehrlente in ihrer Koalitionsfreiheit beschränkt.  
Dr. Wender habe ihm daraufhin geschrieben, er habe seinem Brand-  
direktor ausdrücklich gesagt, er wolle nicht, daß die Mannschaften  
über das nötige Maß in ihrer Freiheit beschränkt würden.

Darauf erhält das Wort zur

### Einbringung des Etats

Finanzminister Dr. Lenge: Bei der Aufstellung des Etats für  
1911 ergab die wirtschaftliche Lage folgendes Bild: Die Landwirt-  
schaft hatte eine gute Ernte gehabt. Schiffahrt, Handel und In-  
dustrie erholten sich langsam von dem Rückgang des Jahres 1907.  
Die Ausfuhr hatte in allen Industrien sehr zugenommen. Do-  
gegen wirkte hemmend die Ungewißheit, ob der Stahlwerksberaub  
und das Kohlenindustriat wieder zustande kommen würden. Alles in  
allen war ein Aufschwung der wirtschaftlichen Lage unverkennbar.  
Rechnlich war das Bild des Etats. Dieser war infolge des Rück-  
gangs der Konjunktur und infolge der Erhöhung der Besoldungen  
seinerzeit stark überlastet worden und hatte in den letzten Jahren  
nur Teil mit erheblichen Fehlbeträgen abgeschlossen. Jetzt wurde  
mit einer wesentlichen Vermehrung der Einnahmen gerechnet, aber  
auch die starke Zurückhaltung der früheren Jahre bei den Ausgaben  
konnte nicht länger stattfinden, sonst hätten wichtige Staatsaufgaben  
Schaden gelitten. Damit dem Aufschwung der Industrie sind die  
Einnahmen aus den Eisenbahnen und Bergwerken erheblich in die  
Höhe gegangen. Der Etat von 1911 schloß daher mit seinem Re-  
sultate, sondern einem Ueberschuß von 7,3 Millionen Mark ab,  
und 17,3 Millionen Mark konnten dem Ausgleichsfonds überwiesen

werden. (Hört! hört!) Der Ueberschuß wird zur Tilgung der  
Staatsschulden verwendet werden. Ebenso günstig ist das Ergebnis  
der Rechnung für 1912. Es schließt mit einem Ueberschuß von  
19 Millionen ab. (Lebhafter Hört! hört!) Infolge der im Westen  
vorgekommenen Verkehrsstörungen hat sich aber die Einbringung  
eines Nachtragsetats notwendig gemacht, der sofort Mittel zur Er-  
weiterung der Bahnanlagen in verschiedenen Direktionsbezirken vor-  
sieht, sowie eine Verstärkung des Remunerationsfonds im Hinblick  
auf die übermäßige Inanspruchnahme des Eisenbahnpersonals.  
Außerdem soll aus dem Nachtragsetat eine Erhöhung des Unter-  
stützungsfonds für Beamte erfolgen. Es sind in den letzten drei  
Jahren 10 Millionen Mark solcher Unterstützungen gezahlt worden.  
Die Regierung hofft, daß es den Beamten mit Hilfe dieses Fonds  
gelingen wird, der Teuerung Herr zu werden. Die vom Abge-  
ordnetenhaus der Regierung zur Berücksichtigung  
überwiesenen Unterbeamtenpetitionen  
auf Gewährung von

Teuerungszulagen konnten wir nicht berücksichtigen.

(Hört! hört! links.) Teuerungszulagen haben zur Vorauszahlung  
eine anschließende Erhöhung der Besoldung, weil man den Beamten  
die Teuerungszulagen nicht wieder entziehen kann; wenn sie sich  
einmal darauf eingerichtet haben, und zu einer solchen Erhöhung  
der Besoldungen fehlen uns zurzeit die Mittel. Auch datiert die  
letzte Besoldungsordnung erst von 1900. Die Beamten  
müssen daher gerade so gut wie die anderen  
Staatsbürger versuchen,

sich mit der Teuerung abzufinden.

(Sehr richtig! rechts.) Die Ausfichten für das Jahr 1913 sind  
recht günstig, doch sind noch an verschiedenen Stellen Schatten be-  
merkbar. Die Getreideernte von 1912 war quantitativ von ganz  
außerordentlichem Umfang, man könnte sie fast eine Rekorderte  
nennen. (Hört! hört!) Qualitativ stufte sie sich dagegen ab. Durch  
das Regenwetter wurden große Teile der Ernte so stark beeinträch-  
tigt, daß sie nur noch zu Futterzwecken dienen konnten. Auch  
die Weinernte wurde in letzter Stunde durch Nachfröste vielfach  
vernichtet. Recht schwierig gestaltete sich auch die Fleischverfor-  
gung. Infolge des Mangels an Schlachtvieh gingen die Preise für  
Fleisch sehr stark in die Höhe. Durch die ergriffenen Maßnahmen  
wird es hoffentlich gelingen, die Preise bald wieder auf einen  
erträglichen Zustand herabzubringen. Die Beschäftigung von Schiff-  
fahrt, Handel und Industrie war 1912 außerordentlich stark. Nur  
das Baugewerbe, die Kleinindustrie, die Lederindustrie und  
Teile der Textilindustrie hatten schlimmere Zeiten. Gegenwärtig  
sind gar keine Zeichen erkennbar, die auf einen Rückgang der Hoch-  
konjunktur schließen lassen. Die Erneuerung des Stahlwerksberaub  
besteht das die Lage befestigt, nur der hohe Geldstand könnte, wenn  
er noch länger anhält, die Unternehmungslust schwächen und einen  
Umschwung der Konjunktur herbeiführen. Die Ursachen des hohen  
Geldstandes liegen zum Teil in der außerpolitischen Lage. Wir  
wollen hoffen, daß die drohenden Wolken am politi-  
schen Himmel abziehen, ohne Schaden anzurichten. Das  
wirtschaftliche Leben würde davon großen Vorteil haben. Infolge  
der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung können wir zum ersten-  
mal seit 1908 einen Etat vorlegen, der das Gleichgewicht hält, ohne  
daß eine Anleihe nötig wird. (Bravo!) Das ist aber nur dadurch

möglich, daß alle Einnahmequellen einschließlich der Steuerzuschläge  
herangezogen werden. Der Etat balanciert mit 4406 Millionen  
Mark. Die Ueberweisung in den Ausgleichsfonds beträgt 33,4 Mil-  
lionen. Unerwartet schnell sind die Verwaltungsausgaben ge-  
stiegen. Allein der Zuschuß zum Elementarunterrichtswesen er-  
fordert Mehraufwendungen von 3,8 Millionen. Wollen wir  
nicht wieder in eine Defizitperiode hincin-  
geraten, so müssen dem Staat alle Einnahme-  
quellen einschließlich der Steuerzuschläge er-  
halten bleiben. (Anruhe.) In der Presse liest man oft  
Klagen über die Höhe der Reichsschuld. Aber Preußen hat sehr  
viel höhere Schulden als das Reich und eine viel geringere Schul-  
denentilgung. Im Reich kann man schon in 30 Jahren mit einer  
endgültigen Abtöschung der Schulden rechnen, während wir in  
Preußen bei der bisherigen Schuldentilgung erst nach 231 Jahren  
zu diesem Ziele kämen. Das wäre unerträglich, wenn wir nicht  
wenigstens für die Eisenbahnen neben der gesetzlichen noch eine  
freiwillige Schuldentilgung hätten. Jedenfalls müssen wir auch in  
Preußen zu einer wirklichen Schuldentilgung gelangen. Im vor-  
liegenden Etat sind dafür keine Beträge vorgesehen. — Der Mi-  
nister geht nun auf die einzelnen Etats näher ein. Die Erträge  
der direkten Steuern sind im Hinblick auf die günstige Kon-  
junktur wesentlich höher eingestellt worden. Das Einkommensteuergesetz  
hat eine erhebliche Entlastung der unteren Steuerklassen herbei-  
geführt. Die Verkehrseinnahmen der Eisenbahnen sind um 7 Proz.  
höher geschätzt. Der Ausgleichsfonds wird Ende 1913 vermutlich  
375 Millionen enthalten. Für Löhne sind gegenüber 1912 65,5  
Millionen mehr eingestellt. Auch das Personal nimmt stark zu.  
Der Fonds für Rentner ist beträchtlich erhöht worden. Mit  
der ersten Rate für die Rentenversicherung oberhalb Offenbach soll  
den Münchener Bayerns entgegengekommen werden. Die Instruk-  
tionen für das gewerbliche Schulwesen sind um 860 000 M., die  
Fonds zur Förderung der Landwirtschaft um 1 450 000 M., der

### Jugendpflegefonds

um eine volle Million erhöht worden. (Bravo!) Auch  
ist die Jugendpflege auf das weibliche Geschlecht ausgedehnt  
worden. Es ist dringend notwendig, daß sich immer weitere Kreise  
in den Dienst dieser guten Sache stellen. Die Regierung ist bereit,  
wenn notwendig, diese Mittel zu vergrößern. (Lebhafter Beifall  
rechts.)

Wir können also mit voller Befriedigung feststellen, daß der  
Reichsetat ohne Zuschußanleihen bilanciert und daß ein stati-  
scher Reservefonds gebildet ist. Vor einer Ueberforderung unserer  
Finanzlage müssen wir uns freilich hüten. Ohne günstige Kon-  
junktur wären wir lange nicht soweit gekommen. Die Stimmen,  
die jetzt eine Aufhebung der Steuerzuschläge fordern (Volles  
Aha!), vergessen, daß auf gute immer wieder schlechte Zeiten fol-  
gen, und daß wir auch für kommende große Aufgaben die nötigen  
Mittel haben müssen. Die preussischen Staatsfinanzen gelten in  
der ganzen Welt als gut und solide. Wir hoffen in der Zukunft  
auf eine Zahl von defizitlosen Jahren. Der Weg steht offen, es  
steht an uns, ihn zu beschreiten und nicht wieder zu verlieren.  
(Lebhafter Beifall.)

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr: 1. Lesung des Etats.  
Schluß gegen 4 Uhr.

## Krankenversicherung 1911.

Die Hauptergebnisse der Krankenversicherung im Jahre 1911 stellen sich wie folgt:

Kassenarten	Zahl der Kassen	Mitglieder im Durchschnitt des Jahres	Erkrankungsfälle mit Erwerbsunfähigkeit		Krankheitsstage mit Krankengeld oder Be- handlung im Kranken- haus		Krankheitskosten*		Vermögen
			überhaupt	auf ein Mitglied	überhaupt	auf ein Mitglied	überhaupt	auf ein Mitglied	
Gemeindekrankenversicherung	8 198	1 700 890	476 952	0,28	9 632 402	5,66	24 506 775	11,41	2 843 500
Ortskrankenassen	4 748	7 217 908	3 152 403	0,44	64 803 231	8,99	188 815 740	26,16	151 741 911
Betriebskrankenassen	7 921	3 398 045	1 654 500	0,49	30 887 880	9,10	118 255 708	33,85	127 279 317
Baukrankenassen	41	17 056	10 008	0,59	159 781	9,37	497 715	29,18	377 505
Annungskrankenassen	845	327 077	125 689	0,38	2 548 680	7,79	7 927 519	24,24	7 214 488
Eingeschriebene Hilfskassen	1 227	925 148	341 934	0,37	6 800 338	7,35	21 795 602	23,56	21 826 360
Landesrechtliche Hilfskassen	129	85 118	10 692	0,12	208 623	5,88	680 279	19,06	1 830 568
Zusammen 1911	23 109	13 619 048	5 772 388	0,42	115 128 905	8,45	357 468 896	26,25	313 012 594
1910	23 188	13 069 875	5 197 050	0,40	104 708 104	8,01	320 020 207	24,49	296 436 766

Die Zahl der Erkrankungsfälle mit Erwerbsunfähigkeit stellt  
sich auf 5 772 388 mit 115 128 905 Krankheitstagen. Auf 1 Mit-  
glied kamen durchschnittlich 0,42 Erkrankungsfälle und 8,45 Krank-  
heitsstage, für die Krankengeld oder Krankenanstaltspflege gewährt  
wurde.

Die ordentlichen Einnahmen (Zinsen, Eintrittsgelder, Beiträge,  
Zuschüsse, Ersparnisse, sonstige Einnahmen — abzüglich derer  
für die Invalidenversicherung —) betragen 412 290 611 M., darunter  
388 442 460 M. Beiträge (einschl. Zusatzbeiträge und Eintrits-  
gelder).

Die ordentlichen Ausgaben (Krankheitskosten, Ersparnisse,  
zurückgezahlte Beiträge und Eintrittsgelder, Verwaltungskosten, ab-  
züglich derer für die Invalidenversicherung, sonstige Ausgaben) be-  
trugen sich auf 399 524 744 M., darunter 357 468 396 M. Krankheits-  
kosten, die sich verteilen auf:

Krankliche Behandlung	88 754 224 Mark,
Arznei und sonstige Heilmittel	53 171 284

Krankengelder 153 582 976 Mark, || Unterstützung an Schwangere und Wöchnerinnen | 6 709 157 |
Sterbegelder	8 525 480
Anfalltsberpflegung	51 257 861
Zürsorge für Geneigte	277 464

Auf 1 Mitglied kamen durchschnittlich 26,25 M. Krankheits-  
kosten.

Die Verwaltungskosten (abzüglich derer für die Invaliden-  
versicherung) betragen 22 189 349 M., auf 1 Mitglied durchschnittlich:  
bei den eingeschriebenen Hilfskassen 2,82 M., den Annungskranken-  
assen 2,50 M., den Ortskrankenassen 2,45 M., und den landesrecht-  
lichen Hilfskassen 1,85 M. Bei den Betriebs- und Baukrankenassen  
werden sie fast ganz von den Unternehmern, in der Gemeinde-  
krankenversicherung von den Gemeinden getragen. Bei allen Kassen  
überhaupt stellen sich daher die Verwaltungskosten nur auf 1,63 M.  
durchschnittlich für das Mitglied.

## Soziales.

### Das wegen Befangenheit abgelehnte Vorstandsmittelglied.

Eine auffallende Entscheidung in einem Ablehnungsantrag  
wegen Befangenheit der Befangenheit erteilt, wie in der letzten  
Sitzung der 1. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts zur Ver-  
sehung kam, das Berliner Landgericht I.

Der Sachverhalt war folgender: In einem jener Prozesse, in  
dem es sich um die Streitfrage handelte, ob die Gratifikation als  
freiwilliges Geschenk oder als wesentlicher Bestandteil des Gehalts  
aufzufassen sei, war Termin zur mündlichen Verhandlung vor der  
1. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts angesetzt. Vor Ein-  
tritt in die Verhandlung stellte die Beklagte, die Deutsche Bank,  
den Antrag auf Ablehnung des Vorsitzers M. Die Befangenheit der  
Befangenheit begründete sie damit, daß M. Vorstandsmittelglied eines  
Bankbeamtenvereins sei. Dieser habe durch Beschlüsse seinen Stand-  
punkt in der Gratifikationsfrage dahin präzipiert, daß der Verein  
für die Verpflichtung der Banken zur Zahlung der Gratifikationen  
einzutreten habe. Man könne nun nicht gut annehmen, daß das  
Vorstandsmittelglied einer Organisation, die in einer wichtigen  
Streitfrage ihren Standpunkt festgelegt habe, in seiner Eigenschaft  
als Richter dieser Frage ohne Befangenheit entgegenzutreten könne.

Das Kaufmannsgericht lehnte den Befangenheitsantrag ab.  
Auf erhobene Beschwerde hin ergriffte jedoch das Landgericht I  
ihn für berechtigt. Angesichts der Tatsache, daß der Verein in der  
Gratifikationsfrage nach der von der Antragstellerin bezeichneten  
Richtung zu kämpfen beschloffen hatte, sei es doch nicht von der  
Hand zu weisen, daß der Vorsitz M. infolge seiner Eigenschaft als  
Vorstandsmittelglied dieses Vereins unbewußt beeinflusst sei. Die  
Befangenheit der Befangenheit sei darum in diesem Falle berechtigt.

### Dienstmädchen vor dem Gewerbegericht.

1. Bei dem Restaurateur Neumann war das 15-jährige Fräulein  
G. als Dienstmädchen in Stellung. Neben freier Station sollte  
es 20 M. Lohn erhalten. Als gegenwärtige Kündigungstermin waren  
14 Tage vereinbart worden. Am 4. Tage wurde Fräulein G. nach ihrer  
Reinung ohne Grund entlassen und machte daher vor dem Gewerbe-

gericht durch Klage eine Lohnforderung in Höhe von 29,40 M.  
geltend. Der Beklagte gab in der gestrigen Verhandlung vor der  
Kammer 3 an, die Klägerin sei als „Wädchen für alles“ engagiert  
worden. Auf Befragen habe sie zugegeben, daß sie auch Kochen  
könne. Bald habe sie jedoch herausgestellt, daß sie nicht instande  
war, etwas zu kochen oder zu braten. Es läge mithin eine arg-  
listige Täuschung vor und wäre er nach dem bürgerlichen Ge-  
setzbuch berechtigt gewesen, die Klägerin sofort zu entlassen. — Die  
Klägerin bestritt ganz entschieden, sich als Köchin ausgeben zu  
haben. Sie habe gleich gesagt, sie könne nicht selbständig kochen,  
sondern höchstens einmal Hartofeln aufsetzen. Wäre sie Köchin, so  
würde sie sich doch auch nicht für monatlich 20 M. verdienen.

Der Beklagte verpflichtete sich schließlich, im Vergleichswege  
an die Klägerin 20 M. zu zahlen.

2. Gegen den Restaurateur Junker, Inhaber eines Wein-  
restaurants, klagte das Dienstmädchen B. auf Zahlung von 20,80 M.  
als Entschädigung wegen sofortiger Entlassung. Die Klägerin war  
mit einem Monatslohn von 30 M. nebst freier Station und einer  
achtstägigen Kündigungsfrist bei dem Beklagten in Stellung. Nach  
ihren Angaben wurde sie am 5. Dezember ohne Grund plötzlich  
entlassen. Der Beklagte beantragte Abweisung der Klage. Die  
Klägerin habe die ihr obliegenden Dienstpflichten nicht erfüllt.  
Schon am ersten Tage habe sie böswillig alle Arbeiten liegen lassen.  
Als er sie zur Verrichtung der Arbeiten aufgefordert habe, habe  
sie ihre Papiere gefordert. Diese habe er ihr ausgedrückt, ebenso  
den ihr zustehenden Lohn. — Demgegenüber führte die Klägerin  
an, daß schon beim Eintritt der Stellung das frühere Wädchen weinend  
zu ihr gelangt habe, sie würde wohl nicht lange bei dem Be-  
klagten sein. Geschäftsräume und Küche habe sie voller Schmutz  
vorgefunden, so daß sie gleich die erste Nacht durchgearbeitet habe,  
um alles in Ordnung zu bringen. Der Küchenchef habe sich loyald  
über sie geäußert, er habe gesagt, ein solch tüchtiges Wädchen hätten  
sie lange nicht gehabt. Am zweiten Tage habe sie vom Geschäftsführer  
eine Stelle gefordert, die ihr dieser jedoch verweigert habe.  
Spielraum, das die Gäste sehen ließen, habe man ihr zu essen  
gegeben. Als die Klägerin weitere Angaben über die ihr zuteil  
gewordene Behandlung machen wollte, wurde sie vom Vorsitzenden  
Dr. Waguhn unterbrochen mit dem Bemerkten, dies gehöre nicht zur  
Sache.





Vierter Parteitag der Sozialdemokratie Preußens.

Berlin, 8. Januar 1913.

Dritter Verhandlungstag. Vormittagssitzung.

Die Diskussion über die bevorstehenden Landtagswahlen wird fortgesetzt.

Feller-Görlich wendet sich scharf gegen eine Unterstützung des Freisinnigen ohne Gegenleistung, wobei er hervorhebt, daß in diesem Fall die wenigen aufrecht liberalen Kandidaten, die bisher aufgestellt sind, sofort verschwinden und lauter Reaktionskräfte la Rügdan an ihre Stelle gesetzt werden würden.

Wolf Hoffmann-Berlin: Wenn Sie die Anerkennung, die Sie uns Abgeordneten gezollt haben, in die Tat umsetzen wollen, dann schicken Sie uns bei den Landtagswahlen Hilfskräfte ins Abgeordnetenhause; denn wir sechs müssen jetzt mit unseren straffen Raubbau treiben.

Genosse Warm: Von einer Sache ist bisher bei der ganzen Wahlrechtsdebatte noch nicht geredet worden, nämlich von der Erringung des allgemeinen gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts auch für die Frauen.

Genossin Altona: Der Landtagswahlkampf muß ein Wahlrechtskampf sein. Ich begrüße deshalb die Anregung Gewehr's, den Wahlkampf mit einer großen Kundgebung für das Wahlrecht einzuleiten.

Genosse Warm: Von einer Sache ist bisher bei der ganzen Wahlrechtsdebatte noch nicht geredet worden, nämlich von der Erringung des allgemeinen gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts auch für die Frauen.

Dr. Karl Liebknecht-Berlin: Landsberg hat sich gestern redliche Mühe gegeben, die Resolution mißzuverstehen, damit freie Bahn geschaffen wird für das Chaos, das er wünscht.

Genosse Berlin II: Wer jahrelang mit den freisinnigen Wahlmännern durchzuwachen hatte, wird zugeben, daß alles Vertrauen zu dieser Partei schwinden muß.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt. Eingegangen ist folgender Abänderungsantrag Bernsteins:

Abänderungsantrag zur Resolution der Landeskommission über die Landtagswahlen in Preußen.

- I. Das Teilstück A wie folgt zu fassen: 1. Ueberall, wo dies möglich ist, sind sozialdemokratische Wahlmänner aufzustellen und für ihre Wahl mit größter Energie zu wirken; 2. wo sozialdemokratische Wahlmänner nicht aufgestellt sind, sowie bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Wahlmannskandidaten haben die sozialdemokratischen Wähler im allgemeinen für die Wahlmänner der fortschrittlichen Volkspartei zu stimmen.

Stimmen für Kandidaten der linksliberalen Parteien von der Verpfändung dieser Parteien abhängig gemacht werden, ihre Wahlmänner zur Abstimmung für einen von der Sozialdemokratie hierzu nominierten Kandidaten anzuhalten.

3. Da bei früheren Wahlen die große Mehrheit der Wahlmänner der linksliberalen Parteien — teils infolge faktischer sozialer Abhängigkeit und teils aus übertriebener Angst oder aus Klassenvorurteil — nicht zu bewegen waren, bei Stichwahlen ihre Stimmen für sozialdemokratische Kandidaten abzugeben,

Leinert-Hannover: In der Ablehnung der Eisnerschen Vorschläge sind wir uns alle einig. Wenn Landsberg der Landeskommission einen Freidrief ausstellen wollte, so hat das manches für sich, aber Landsberg versteht doch die Situation, in der sich unsere Partei befindet.

Scheide-Buchum: Eben weil wir uns an der Landtagswahl nicht allein der Agitation wegen beteiligen, sondern Erfolge erzielen wollen, hat das „Vöckumer Volksblatt“ die Streichung des ersten Satzes der Resolution der Landeskommission gefordert.

Genosse Bernstein: Zunächst eine Bemerkung zu Hoffmann: Wenn liberale Parteien einen Bloß gegen die Sozialdemokratie schließen, so würde ich dagegen protestieren, wenn sie bei mir eine Ausnahme machten.

Genosse Bernstein: Zunächst eine Bemerkung zu Hoffmann: Wenn liberale Parteien einen Bloß gegen die Sozialdemokratie schließen, so würde ich dagegen protestieren, wenn sie bei mir eine Ausnahme machten.

**Ströbel - Berlin:** An der Einleitung der Resolution müssen wir gerade wegen der Kritik des „Vordruckes“ festhalten. Wenn das Blatt behauptet, es läge darin gewissermaßen ein Rückfall in antiparlamentarische, anarchosozialistische Unarten, die nur von einer kleinen Gruppe betriebswürden, so ist es eigentlich komisch, daß man sich dagegen überhaupt wenden soll. Wir sind doch alle keine Antiparlamentaristen. Da aber gerade zum Wohle des Volkes innerhalb des Dreiklassenparlamentes ernstlich nichts geleistet werden kann, deshalb müssen wir das Hauptgewicht auf die Agitation, auf die Aufrüttelung der Massen legen, um dadurch einen wuchtigen Ansturm gegen das Dreiklassenwahlrecht zu führen. Die Agitation ist uns ein unentbehrliches Mittel zum Zweck. Bernstein hat Hoffmann mißverstanden. Hoffmann wies nur darauf hin, wie traurig es um die Liberalen bestellt ist, wenn sie nicht einmal für Bernstein eintreten, der doch bei ihnen gewissermaßen persona gratissima ist. Darüber, daß Bernstein den Liberalen angenehmer ist als irgendein Radikaler, braucht man doch weiter nicht zu sprechen. (Zuruf: Die Radikalen sind den Junkern angenehmer!) Fragen Sie einmal den Major Stroszer und diese Leute, wer von uns ihnen angenehmer ist, wir alle nicht. Wenn wir Mandate erlangen wollen, sind wir bis zu einem gewissen Grade auf die Unterstützung der Liberalen angewiesen, und gerade weil uns an der Gewinnung von neuen Mandaten liegt, haben wir unsere Stichwahlbedingungen so abgefaßt. Wenn wir vier Duzend Liberale mehr in den Landtag bringen, würde das doch nichts an der Sache ändern. Die National-Liberalen und Zentrumsleute, die mit den Junkern zusammengehen wollen, würden bei der Abstimmung über das Wahlrecht einfach wieder ein paar Mann abkommandieren, und dann würde sich die sogenannte Affenkomödie wiederholen. Wir müssen also den Wahlkampf unter dem Gesichtspunkt führen, erstens, daß wir möglichst viel Sozialdemokraten in das Abgeordnetenhaus hineinbekommen, und zweitens, daß wir die Massen immer wieder aufrütteln, so daß die bürgerlichen Parteien aus Angst vor uns zu immer weiteren Fortschritten in der Wahlrechtsfrage gedrängt werden. (Sehr richtig!) Wir dürfen die Massen aber nicht in der Illusion halten, daß große parlamentarische Erfolgsmöglichkeiten gegeben seien. Wir wollen vielmehr auf dem geraden Wege des Klassenkampfes vorwärtsgehen. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

**Landsberg - Magdeburg:** Im Stimmungsbild des „Vorwärts“ steht, daß wir, Landsberg, Bernstein und ich, durch allerhand Manöver einer klaren Entscheidung hätten aus dem Wege gehen wollen. Ich weiß das mit Entschiedenheit zurück. (Wortführer: Sie dürfen nur auf Äußerungen eingehen, die auf dem Parteitag gefallen sind.) Ströbel und Hoffmann haben ähnliches auch hier gesagt. Ich habe keine unlauteren Manöver getrieben, sondern klar meine Meinung gesagt. Aber es sucht wohl nur der jemand hinter dem Strauß, der selbst dahinter gesessen hat.

**Hoffmann:** Ich habe nicht von unlauteren Manövern gesprochen, sondern gesagt, daß der Antrag Magdeburg durch hinterlistigen Eisers Ideen wieder einführen will. Das halte ich aufrecht.

**Ströbel - Berlin:** Auch ich habe nicht von unlauteren Manövern gesprochen und das auch nicht in dem von mir verfaßten Stimmungsbild behauptet. (Lands: Allerlei Manöver!), aber nicht unlauntere! (Weiterkeit.)

**Referent Hirsch (Schlußwort):**

Auch ich muß zunächst eine persönliche Bemerkung machen, und zwar gegen die „Freisinnige Zeitung“, die über meine Rede unter der Ueberschrift berichtet: „Eine Gesichtsklitterung des Abg. Hirsch“. Die „Freisinnige Zeitung“ will die Tatsache bestreiten, daß Hirsch bei der Wahlrechtsabgabe des Fürsten Bülow im Landtag etwas Erfreuliches gefunden habe. Diese Tatsache läßt sich aber nicht leugnen, und ich kann mich zu ihrem Beweise nicht nur auf das amtliche Stenogramm, sondern auch auf das Zeugnis des verstorbenen Abg. Barth berufen, dessen Wahrhaftigkeit wohl auch von den Redakteuren der „Freisinnigen Ztg.“ nicht bezweifelt werden dürfte. Barth erzählt in seiner Broschüre über „Die Freisinnigen im Bund“, daß sogar der erweiterte Vorstand der freisinnigen Parteien in einer Resolution die Haltung der freisinnigen Abgeordnetenhausfraktion gemißbilligt und die Fraktion aufgefordert habe, daß das im Abgeordnetenhaus Versäumte bei der bevorstehenden Besprechung der Wahlrechtsinterpellation im Reichstag nachgeholt und dem Fürsten Bülow ein klares Mißtrauensvotum im Gegenfalle zu der Vertrauensänderung im Abgeordnetenhaus ausgesprochen werden solle. Der Beschluß des erweiterten Vorstandes blieb aber unausgeführt, weil die freisinnige Volkspartei in der Fraktionsgemeinschaft ihr Veto eingelegt hat. Ich überlasse es dem Urteil der Öffentlichkeit, wer die Geschichte gefälscht hat und auch darüber, ob nicht die Herren in der Redaktion der „Freisinnigen Zeitung“ die Geschichte ihrer eigenen Partei nicht kennen. (Sehr gut!)

Erfreulich war gestern und heute nicht nur der ruhige, würdige und sachliche Verlauf der Diskussion, sondern auch die Einigkeit darüber, daß wir alles aufbieten müssen, um der Reaktion in Preußen nach Möglichkeit Abbruch zu tun. Auch die Genossen Landsberg und Bernstein sind ausdrücklich für ein selbständiges Vorgehen bei den Wahlen eingetreten. Landsberg hat sich gegen A B geäußert. Er meinte, es könnten freisinnige Wahlmänner nicht unabhängig genug sein, um uns die Stimme zu geben, die sich aber doch der Wahl enthalten würden. Wir wollen in der Resolution eben die Freisinnigen verpflichten, überall unabhängige Leute als Wahlmänner aufzustellen. Aber selbst in den von Landsberg erwähnten Fällen würde sich ein Ausweg finden lassen, mit Zustimmung der Landeskommission. Freilich dürften sich solche Fälle nicht häufen. Sehen wir, daß wir durch ein solches Manöver aller freisinnigen Wahlmänner ausfallen würden, so wäre es ja politischer Selbstmord, wenn wir uns dann auf Abmachungen mit den Freisinnigen einließen. Das Bedenken Landsbergs, daß wir in Breslau Gothein gegen Stroszer durchfallen ließen, wird hinlänglich durch B 3. Nehmen wir an, es ereignete sich ein solcher Fall wieder, Gothein wäre zu jeder Gegenleistung bereit, die aber in dem Wahlkreise nicht möglich ist, wer hindert uns dann, für einen solchen weißen Raben zu stimmen. Außerdem gibt uns B die Möglichkeit zu einer Kompensation, und damit werden auch die Einwendungen Feldmanns widerlegt. Landsberg meint, die beste Resolution sei überhaupt keine Resolution. Meiner Meinung nach ist die beste Resolution die klarste, und das ist der Vorschlag der Resolution der Landeskommission. Ich bitte Sie daher, alle Abänderungsanträge zurückzuziehen. Landsberg scheint die Resolution der Landeskommission nicht richtig verstanden zu haben. In der Resolution steht nicht, daß wir jeden Zentrumsmann wählen müssen, sondern nur, daß wir berechtigt sind, es zu tun. Die Resolution enthält aber weiter als Bedingung für eine Unterstützung, daß sich der Kandidat für eine andere Wahlkreiseinteilung ausspricht. Diese Bedingung ist ausdrücklich für das Zentrum aufgenommen worden, denn das Zentrum ist ein grundsätzlicher Gegner jeder neuen Wahlkreiseinteilung.

Bernstein erhebt nun Einspruch gegen die Forderung der Gegenseitigkeit unter allen Umständen. Er meint, er sei kein Freund von politischem Kuhhandel. Er verfährt also wohl lieber die Kuh. So weit braucht er aber dem Gegner nicht entgegenzukommen. Sogar das „Berliner Tageblatt“ schreibt hierzu: „Der Vorschlag scheint uns in einem Punkte im Vergleich auf die Gegenseitigkeit, zu weit zu gehen.“ (Bernstein: „Das „Tageblatt“ kennt meinen Artikel gar nicht.“) Ich unterschreibe dieses Urteil des „Tageblatts“. Bernstein befürchtet, der Erfolg werde erschwert, wenn wir den Fortschrittler zu schweren Bedingungen stellen. Stellen wir denn aber irgendwie zu schwere Bedingungen? Wir verlangen ja nur, daß sie ihr eigenes Programm einhalten. (Hoffmann: „Das ist die schwerste Bedingung.“ — Große zustimmende Heiterkeit.) Wir wollen ja nicht die Freisinnigen durch eine Resolution bessern, sondern wir machen ihnen nur Vorschläge, nach denen sie ihr Verhalten einrichten können.

Tun sie das nicht, so fallen später auch alle Vorwürfe wegen der Stärkung der Reaktion auf die Freisinnigen. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Antrag Jacobsen verlangt die Aufnahme scharfer Bedingungen. Wir sollen für bürgerliche Wahlmänner bei den Wahlen nur stimmen, wenn sie sich auch verpflichten, gegen jede Verschlechterung des bestehenden Wahlrechts einzutreten. Bei der Aufzählung der Verschlechterungen wird aber die Dreiteilung in den Wahlkreisen vergessen. Man kann eben nicht vollständig sein und es genügt, die Verpflichtung für das Eintreten der Uebertragung des Reichstagswahlrechts für Preußen zu verlangen. Ferner verlangt Bernstein, die Landeskommission soll eine Liste der Wahlkreise ausarbeiten, die für Gegenseitigkeitsbündnisse in Betracht kommen. Wir können ihr das Zutrauen wohl schenken, daß sie nur das verlangt, worauf die Sozialdemokratie nach dem Ausfallen der Urwahlen Anspruch hat. (Bernstein: Sehr gut!) Wenn Bernstein weiter verlangt, die Fortschrittler sollen nur Wahlmänner aufstellen, die in der Lage und bereit sind, für einen sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen, so ist das ein Zugeständnis an unseren Standpunkt. Wenn wir noch einige Tage hier sitzen, sind wir wohl ganz fertig. (Bernstein: „In einer Viertelstunde!“ — Heiterkeit.) Lehnen Sie also alle Abänderungsanträge ab, je einmütiger unsere Kundgebung ist, um so wichtiger wirkt sie nach außen. (Lebhafte Beifall.)

Landsberg hat mir Mangel an Begeisterung und Bestimmtheit vorgeworfen. Ich habe ausgesprochen, was ist. Wir sind alle einig, daß an einem plötzlichen Zusammenbruch des Dreiklassenwahlrechts heute nicht zu denken ist. Glaubt man aber wirklich, wir können die Massen nicht begeistern, wenn wir den Arbeitern zurufen: Ihr müßt kämpfen, damit eure Kinder in einem freien Staate leben. Schrittweise erzielen wir Erfolge, und um so größere, je fester unser Wille ist, das Dreiklassenwahlrecht mit allen Mitteln zu bekämpfen, jede Möglichkeit zu benutzen, an ihm zu rütteln. Eine der Gelegenheiten bietet der bevorstehende Wahlkampf. Den ernstlichen Willen zum Kampf bekunden wir durch Annahme der Resolution und entsprechendes Handeln. Wir haben dann unsere Schuldigkeit getan, mögen die Freisinnigen die ihrige tun. (Lebhafte Beifall.)

**Bernstein (zur Geschäftsordnung):** Im den Eindruck der Einmütigkeit nicht abzuschwächen und da die Debatte, wie die Ausführungen von Hirsch bezeugen, zu einer Verständigung geführt hat, ziehe ich meinen Antrag zurück. (Bravo!)

Auch die übrigen Anträge werden zurückgezogen, der Magdeburger mit der Erklärung, daß die Auffassung der Landeskommission über die Taktik bei den Landtagswahlen von der im Magdeburger Antrag niedergelegten nicht erheblich abweicht.

**Hirsch:** Ich möchte nicht, daß die Grenzen zwischen unserem und dem Magdeburger Antrag verwischt werden und der Anschein entsteht, als ob die Landeskommission einen anderen Standpunkt einnimmt, als in ihrer Resolution Ausdruck gefunden hat. Es freut mich, daß die Magdeburger sich zu der Anschauung der Landeskommission durchgerungen haben, wir haben uns jedenfalls nicht zu den Anschauungen der Magdeburger Resolution bekehrt.

**Kühls:** Die Erklärung Hirschs steht im Einklang mit dem Wortlaut des Magdeburger Antrags. (Weiterkeit.)

In der Abstimmung wird zunächst der Antrag Königberg, wonach der Parteivorstand gemeinsam mit dem Geschäftsführenden Ausschuss der Landeskommission für die Landtagswahlen das Zentralwahlkomitee bildet, angenommen. Leber die Resolution der Landeskommission wird abschließend abgestimmt. Die Resolution wird in allen ihren Teilen angenommen, die Annahme in der Gesamtabstimmung erfolgt einstimmig. (Lebhafte Beifall.) Die Anträge Jacobsen, die die Resolution verschärfen wollen, werden abgelehnt, die übrigen zu diesem Punkt vorliegenden Anträge werden teils zurückgezogen, teils durch die vorhergehende Abstimmung für erledigt erklärt. Ferner wird ein Antrag Gewehr-Eberfeld angenommen, der die Wahlkreisleistungen erucht, dafür Sorge zu tragen, daß bis spätestens am Abend vor den Urwahlen in jedem Wahlbezirk dem Wahlvorsteher die Namen der sozialdemokratischen Wahlmännkandidaten, nach Klassen geordnet, mitgeteilt werden. Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt. Der nächste Punkt lautet: „Die Sozialpolitik im preussischen Landtag.“

Vorsitzender Ernst schlägt vor, diesen Punkt von der Tagesordnung abzuhelfen und ihn auf dem nächsten preussischen Parteitag zu behandeln. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte, in der Haase mitteilt, daß noch vor den preussischen Landtagswahlen ein Handbuch über die preussische Sozialdemokratie herausgegeben werde, beschließt der Parteitag mit großer Mehrheit die Abhebung des Punktes von der Tagesordnung.

Es folgt die

**Beratung der noch vorliegenden Anträge.**

Ein Antrag Breslau, den Parteivorstand zu ersuchen, an zuständiger Stelle zu veranlassen, daß die Disidentenländer ohne weiteres vom konfessionellen Religionsunterricht befreit werden, wird auf Antrag Tische-Breslau der Landtagsfraktion als Material überwiesen.

Weiter liegt folgende Resolution zur Dänen- und Polenfrage vor:

Der Parteitag der Sozialdemokratie Preußens verurteilt aufs schärfste die von der Regierung und den sogenannten nationalen Parteien betriebene Entrechtung der nichtdeutschen, insbesondere der dänischen und polnischen Staatsangehörigen. Indem Gesetze und Verwaltung den Angehörigen dieser Nationen das natürliche Recht auf den Gebrauch der Muttersprache und die Gleichberechtigung im öffentlichen Leben, namentlich im Unterrichts- und Rechtswesen vorenthalten, sprechen sie allen Grundfähren staatsbürgerlicher Gleichberechtigung und moderner Verwaltung Hohn und erniedrigen die Staatsangehörigen fremder Jünge zu rechtlosen Untertanen. Der Parteitag fordert gleiches Vereins- und Versammlungsrecht, gleichen Schutz von Person und Eigentum und das gleiche Recht auf die eigene Sprache für alle.

Der Parteitag verurteilt insbesondere die von der preussischen Gesetzgebung beschlossene und nunmehr zur Anwendung gebrachte Enteignung von Staatsangehörigen im Dienste nationaler Untertanen, so sehr er der Einführung des Enteignungsrechts an und für sich freudig gegenübersteht und das Vorgehen der preussischen Staatsorgane als Vorbild der künftigen allgemeinen Volksinteressen vorzunehmenden Enteignung alles, insbesondere des landwirtschaftlichen Großbesitzes, begräbt.

Der Parteitag brandmarkt das Verhalten der Fraktionen, die sich als Beschützer des polnischen Volkes gegen preussische Unterdrückung ausgeben: der Polenfraktion und des Zentrums. Beide lehnen zwar die besonderen polenfeindlichen Gesetze ab, stehen jedoch aus agrarischen und sonst reaktionären Interessen im engen Bündnisse mit den konservativen Parteien, die zu den Hauptträgern der Unterdrückungspolitik gehören, und damit der preussischen Regierung. Sie fordern nicht das Recht des Volkes auf seine Muttersprache im vollen Umfang, begnügen sich vielmehr mit der einseitig liberalen Forderung des Religionsunterrichts in der Muttersprache. Sie fügen durch ihre gesamte Wirtschaft-, Schul- und sonstige Politik gerade dem noleidenden, in Preußen besonders vernachlässigten polnischen Volke den größten Schaden zu.

Der Parteitag ruft daher die polnische Arbeiterschaft und das gesamte polnische Volk auf, sich von diesen völkerverräterischen Parteien loszusagen und sich der Sozialdemokratie anzuschließen: der einzigen Partei, die für Recht und Brot, Fortschritt und Freiheit aller Völker jederzeit eingetreten ist und jede Art wirtschaftlicher, politischer, nationaler oder religiöser Unterdrückung rückstills bekämpft.

Carl Schmidt, A. Grubbe, G. Fiedler, Hirsch, Ed. Bernstein, Peus, Stahl, Daub, Schünig, Sidow, Kapenstein, A. Liebmacht, Strödel, Staab, Tolibol.

Kapenstein begründet die Resolution. Ich möchte die Parteinstanzen bitten, dafür zu sorgen, daß auf dem nächsten preussischen oder deutschen Parteitag diese Fragen eingehend erörtert werden.

die für die Gesamtpartei von größter Bedeutung sind. Es handelt sich um rund den neunten Teil der preussischen Bevölkerung, dem gegenüber alle Grundfähren der Gerechtigkeit mißachtet werden. Jetzt wird auch das Enteignungsgezet angewendet, und wenn uns auch die Enteignung eines polnischen Großgrundbesitzers gleichgültig sein könnte, so handelt es sich hier doch gleichzeitig um eine schändliche Vergewaltigung, um eine Verletzung wichtiger Verfassungsgrundfähren.

Die Fortschrittspartei verbindet sich im Osten mit den Junkern gegen die Opfer der preussischen Polenpolitik, und auch das Zentrum hat sich in Oberschlesien mit den Halatisten verbündet. Selbst die polnische Fraktion geht in den wichtigsten politischen Fragen mit dem Zentrum und der Rechten zusammen. Die Sozialdemokratie ist von jeher die Vertreterin der Rechte aller Unterdrückten gewesen. Wir wollen dahin wirken, daß den Polen, diesem gedrücktesten Volk im preussischen Staat, das Evangelium des Sozialismus überbracht wird. (Stürmischer Beifall.)

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Zu der Fleischsteuerung liegt folgende Resolution vor:

Der Parteitag der preussischen Sozialdemokratie brandmarkt es, daß die Reichsregierung sich trotz der brennenden Not des Volkes nicht dazu verstanden hat, durchgreifende Maßregeln gegen die unerträgliche Fleischsteuerung zu treffen, und dem Reichstag vorzuschlagen. Der Parteitag fordert, daß die geringfügigen Vermögenssteuern, die schließlich durch den Druck der Empörung der Volksmassen gewährt worden sind, allgemein allen Gemeinden und zwar bis zur Durchführung wirksamer Maßnahmen dauernd gewährt werden. Der Parteitag bedauert auf das lebhafteste, daß zahlreiche Gemeindeverwaltungen trotz dringendem Bedürfnisses der Bevölkerung von diesen Vergünstigungen keinen Gebrauch gemacht haben. Er nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der Nachricht, daß die Berliner Gemeindeverwaltung Harlegt, die Vorkehrungen zur Vinderung der Steuerung in nächster Zeit einzustellen. Er erwartet, daß dieser Plan zurückgezogen gemacht wird und daß die Gemeindeverwaltungen nach Kräften alle irgend gegebenen Mittel und Wege benutzen werden, um der am Marke des Volkes schmerzenden Fleischnot so weit irgend möglich zu steuern.

Die Resolution wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung des Parteitages erledigt.

**Haberland-Düsseldorf:** Am Schluß dieser Tagung danken wir dem Bureau für seine unparteiische und umsichtige Leitung der Verhandlungen und den Berliner Genossen dafür, daß sie uns diesen so schön geschmückten Saal für die Verhandlungen zur Verfügung gestellt haben. Insbesondere danken wir den Berliner Genossen auch für die großartige Veranstaltung am Montagabend in der Neuen Welt. (Bravo!) Es hat sich dabei gezeigt, daß man heute mit vollem Recht sagen kann, daß die Kunst eine bleibende Stätte in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gewonnen hat. (Sehr richtig!) Eine derart großartige Vereinigung von revolutionärer Bestimmung mit höchster Kunstleistung haben wir, glaube ich, bei allen bisherigen Veranstaltungen, so Gutes auch geleistet worden ist, noch nicht zu sehen bekommen. (Sehr richtig!) Es war eine Veranstaltung, an die wir alle sicher Zeit unseres Lebens noch denken werden. (Lebhafte Beifall.)

**Eugen Ernst:** Ich danke im Namen der Berliner Genossen für die freundlichen Worte.

Wir sind nun am Schluß unserer Tagung. Wir können wohl ohne Ueberhebung sagen, daß wir in den wenigen Tagen ein reichliches Stück Arbeit vollbracht haben. Die Diskussionen sind in der ruhigsten und sachlichsten Weise geführt worden, und wir können konstatieren, daß sich auch der vierte preussische Parteitag würdig an die Seite seiner Vorgänger stellen kann. — In dem Referat des Genossen Schmidt sind uns Bilder geradezu entsetzlichen Elends vorgeführt worden. Sie beweisen, daß die Landarbeiter noch rechtloser als die Industriearbeiter sind. Es ist durch Beispiele erhärtet worden, wie in Preußen erwachsene Männer noch geschlagen werden, wie Frauen in der schwersten Stunde ihres Lebens ohne Schutz und ohne Hilfe gelassen werden, und was das schändlichste unserer Kultur ist, wie Kinder im frühesten Alter schon in die Zetmühlen des Erwerbslebens hineingebracht werden, wie diese Menschenblumen, ehe sie sich entfalten können, schon zertreten am Wege liegen bleiben. Wir haben aber auch ein Beispiel erfahren, wie ganze Volksstämme in Preußen noch rechtloser als die anderen Einwohner behandelt werden, wir haben Protest erhoben gegen die Drangsalierung und Schikaneerung der Polen und Dänen. Diese Politik ist die dümmste Politik, die in Preußen getrieben wird, und das will viel sagen. Leute, die an der Grenze wohnen, werden noch mehr verhöhnt! Mühe sich die preussische Regierung nicht sagen, daß gerade diese Volksteile den ersten Vorstoß der Feinde abzuwehren haben und daß es geradezu widerwärtig dumm ist, sie noch zu Gegnern des Staates zu machen. Infolge dieser Politik ist bei den Polen ein Chauvinismus entstanden, der an Schärfe nichts zu wünschen übrig läßt.

Aber das wichtigste an den Beratungen war unsere Stellungnahme zur Taktik im bevorstehenden Landtagswahlkampfe und im Wahlrechtskampfe. Bei allen Gegensätzen, die auf dem Parteitag zu Wort gekommen sind, können wir doch eins konstatieren: einig sind wir darin, daß es notwendig ist, bei diesen Kämpfen die Massen aufzuklären über ihre Rechtslosigkeit in Preußen und sie zu klassenbewußten Anhängern der Sozialdemokratie zu machen. Scharf ist ausgesprochen worden, was ist, es ist die Tatsache festgestellt, daß es noch schwerer Kämpfe bedarf, ehe das preussische Volk zu seinem Recht kommt. Und scharf ist auch ausgesprochen worden, was wir wollen. Die bürgerlichen Parteien wissen nun, woran sie sind, und daß Ausreden nichts mehr gelten bei uns. (Sehr richtig!) Auf der anderen Seite wollen wir aber auch klar aussprechen: wir bieten jedem Wahlrechtsfreunde die Hand und wenn die bürgerlichen Parteien eine Politik der liberalen Ernennung treiben wollen, so werden sie in diesem Kampf bei uns Unterstützung finden. (Sehr richtig!) Die offene Hand den Wahlrechtsfreunden, die Faust den Wahlrechtsfeinden. (Bravo!) Wir werden nicht ruhen und rasten in dieser Agitation. Mehr wie bisher werden wir unsere Agitation hinaustragen auch auf das flache Land und in die Refter des preussischen Junkertums. Wir werden den unterdrücktesten Landarbeitern predigen das Evangelium des Sozialismus, das Evangelium der Menschenwürde und des Menschenrechts. Und so werden bereit mit der industriellen Arbeiterschaft auch die Landarbeiter in kurzer Zeit eine Macht darstellen, gegen die keine Macht des Staates aufzutreten imstande ist. (Bravo!) Die Herrschenden mögen Maßnahmen treffen, wie sie wollen: die Wahlrechtsfrage verschwindet nicht wieder von der Tagesordnung. Wir werden alle Kraft daran setzen, unser Recht uns zu erobern, unsere Gleichberechtigung im Staate zu erzwingen. (Bravo!)

Und nun ein Wort an unsere engeren Freunde. Es gilt jetzt, zum Wahlkampf aufzustehen, die Reihen müssen geschlossen werden. So die Organisation irgendwie bilden, muß dafür gesorgt werden, daß sie ausgefüllt werden, daß wir gerüstet dem Feinde gegenüberstehen. Der Kampf für das freie Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir siegen. Keine Rücksicht darf der einzelne auf sich nehmen. Es gilt etwas Höheres als das Leben. Jeder einzelne muß sich der Partei zur Verfügung stellen. Dort, wo irgend Kräfte gebraucht werden, darf nicht gefragt werden: willst du zuerst? Da muß ein Gedrange sein, jeder muß der erste sein, um für die Partei die Arbeit zu leisten. (Bravo!) Wenn jeder einzelne in diesem Sinne kämpft, dann wird entschieden der erste große Freiheitskampf des arbeitenden Volkes in Preußen. In diesem Sinne war unsere Tagung gehalten. Ich schließe sie mit unserem alten Schlachtruf: Die internationale, die deutsche, die preussische Sozialdemokratie, sie lebe hoch!

Die Delegierten haben sich erhoben, stimmen dreimal begeistert in das Hoch ein und singen den Wahlrechtsvers der Arbeitermarxisten: Das freie Wahlrecht ist das Zeichen.

# Freitag abend 7 Uhr: Flugblattverbreitung

in den sechs Berliner Wahlkreisen und in folgenden Vororten: Neukölln, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf, Lichtenberg, Pantow, Reinickendorf-Ost und -West, Ober-Schöneweide und Weiskensee. Alle Genossen haben die Pflicht, sich zu beteiligen. Treffpunkt in den Bezirkskollektiven.

Der Geschäftsführende Ausschuss.

## Die Brauereien und die Biersteuer.

Ueber die gegenwärtigen Verhältnisse im Berliner Brauereigewerbe äußert sich der Vertreter einer der größten Brauereien Berlins in der „Vossischen Zeitung“ wie folgt:

Die bisherige Braumalzsteuer, die sich auf eine fast 100 Jahre alte Abkommensurkunde stützt, ist im Laufe der Jahre ungerecht geworden. Nach den Angaben des Berliner Kammerers soll die Steuer im Durchschnitt der letzten 11 Jahre 700 000 M. gebracht haben. Diese Zahl ist aber nicht richtig; das letzte Jahr brachte nur 650 000 M. Steuerertrag. Trotz der Zunahme der Bevölkerung haben die letzten Jahre stets ein Minus unter dem vom Kammerer angegebenen Durchschnittsmaß gebracht. Man darf daher nur diese Erträge zum Maßstab nehmen. Die staatlichen Steuerstellen erhoben bisher die städtischen Steuern mit und berechneten sich dafür 5 Proz. Nun wurde die Braumalzsteuer nur erhoben von dem Verbrauch der Rohmaterialien in Berlin, wogegen die Brauer für das ausgeführte Bier keine Rückvergütung erhielten. Diese Handhabung der alten Steuerordnung verleiht gegen die neue Reichsbiersteuerordnung. Dazu kommt, daß in Gemeinden mit Biersteuern, wie das in vielen Vororten der Fall ist, noch diese Kommunalsteuer hinzukommt, so daß dieses Bier also zweimal besteuert wird. Auf die Anweisung des Ministers muß nun diesen ungesäglichen Zuständen ein Ende gemacht werden.

Die Brauereireise geben die Hoffnung noch nicht auf, daß überhaupt kein Erfolg für diese bisher zu Unrecht erhobene Braumalzsteuer erfolgt. Denn die Bierbesteuerung ist keine Einnahme, wie sie einer liberalen Stadtverwaltung, wie der von Berlin, würdig wäre. Reichen die bisherigen Stadtsteuern nicht aus, so muß eben die Allgemeinheit herhalten. Der Berliner Magistrat steht nun auf folgendem Standpunkt: Was den Berliner Brauereien gegenüber bisher ein Unrecht war — die Steuerfreiheit des nach Berlin eingeführten auswärtigen Bieres — kommt ihm jetzt gelegen. Die Berliner Brauer sollen nun das bezahlen, was sie bisher leisteten, und die auswärtigen sollen das Plus von 700 000 M. bringen. Es ist daher eine Fabrikationssteuer von 50 Pf. für untergäriges und 20 Pf. für obergäriges Bier pro Hektoliter angelegt.

Wir, die Brauereien, bestreiten nun die Behauptung des Kammerers, daß dieser Satz und nicht mehr belaste, wie früher. Bisher hat die Steuer auf das fertige Produkt etwa 18—21 Pf. pro Hektoliter betragen — entsprechend dem Satz von 50 Pf. pro Zentner Braumalz. Wenn nun die Brauer für das ausgeführte Bier die Steuer zurückvergütet bekommen, so eripieren sie sich einen Teil der Steuer — sagt der Magistrat — und kommen dadurch auf den alten Steuerfuß. Nun geht aber der Export zum größten Teil in die Vororte, die selbst eine Biersteuer erheben oder in der nächsten Zeit eine solche einsehen werden. Denn das Beispiel Berlins wirkt stets Vorbildlich. So kann also hier von einer Rückvergütung keine Rede sein. Die Zahlen des Herrn Kammerers schrumpfen so immer mehr zusammen. Nach seiner Annahme müßten etwa 65 Proz. ausgeführt werden, um den alten Steuerfuß zu erhalten. Das ist aber nicht der Fall. Erheblich weniger wird ausgeführt. Und es gibt Brauereien, die fast ihre ganze Produktion bis auf 3 bis 5 Proz. in Berlin absetzen. Diese werden also erheblich belastet. Von einer Art Verteilung, wie sie der Herr Kammerer annimmt, ist auch nicht die Rede: eine jede Brauerei muß um ihren Absatz allein kämpfen.

Einem Steuerfuß bis zu 20 Pf. pro Hektoliter würden die Brauereien sympathisch gegenüberstehen. Jede Mehrbelastung, auch schon bei dem in der Presse angebotenen Satz von 50 Pf. würden die Brauer aber energig ablehnen. Dazu kommt, daß die Stadt Berlin bei einer Steuer von 20 Pf. nicht nur keinen Verlust, sondern rund 850 000 M. Einnahmen haben würde, das sind 200 000 M. mehr als bisher. Denn in Zukunft wird zwar die Ausfuhr vergütet, aber die Einfuhr des fremden Bieres ist so hoch, daß dieses Plus herauskommt. Wenn nun die Verteilung eines ungesäglichen Zustandes der Stadt Berlin auch noch Gewinn bringt, so kann sie zufrieden sein.

Das eine ist sicher: Weht die neue Steuer über den Satz von 20 Pf. hinaus, so wird sie auf den Konsum abgewälzt. Mit fehlender Einmütigkeit haben alle Brauereien, selbst die sonstigen Angehörigen, auch die süddeutschen Brauereien, einen dahingehenden Beschluß gefaßt. So würde bei einem Steuerfuß von 50 Pf. das Hektoliter Bier statt 20 M. fünfzig 20 M. 50 Pf. kosten müssen, da das Rechnungssystem eine 10-Pf.-Berechnung nicht zuläßt. Was übrigens die dem Herrn Kammerer verweigerten Zahlen über die Bierausfuhr u. a. anbelangt, so ist dies nur geschweh, weil der Herr Kammerer sich auf den rigorosen Standpunkt stellt, daß er seine Steuerpläne völlig nach eigenem Ermessen ausarbeite und keine Brauerei etwa Erparnisse machen sollte.

Man sieht hieraus, daß die Brauereien bei Einführung der Biersteuer unter allen Umständen die Abwälzung derselben auf das Publikum vornehmen werden. Die einzige Konzession, die die Brauereien machen, ist die, einen Satz von 20 Pf. pro Hektoliter zahlen zu wollen, weil ihrer Annahme nach dieser Satz ungefähr der Belastung gleichkommt, die ihnen die Braumalzsteuer auferlegt hat. Die Umrechnung der Braumalzsteuer, also einer Steuer auf das verbrauchte Malz, in eine Biersteuer, einer Steuer auf das fertige Produkt, dürfte nicht leicht sein. Dazu kommt aber noch ein anderer Umstand: die Besteuerung des nach Berlin eingeführten Bieres, das bisher überhaupt einer kommunalen Besteuerung nicht unterlag.

Von einigen freisinnigen Blättern wurde dieser Tage dargestellt, daß es nicht angebracht sei, anlässlich der Beseitigung der Braumalzsteuer und Einführung einer Biersteuer ein Geschäft zu machen; es sei deshalb der vom Magistrat vorgeschlagene Satz von 50 Pf. pro Hektoliter zu hoch; man wolle versuchen, mit 30 Pf. pro Hektoliter auszukommen, um den Brauereien den Vorwand zu nehmen, die Steuer abwälzen zu können, da dieselbe in diesem Falle nur eine Umwandlung des von den Brauereien bisher gezahlten Braumalzsteuerzuschlages in eine andere Abgabensform bedeute.

Wir glauben, daß die Brauereien unter allen Umständen die vom Magistrat geplante Bierbesteuerung dazu benutzen werden, noch ein besonderes Geschäft zu machen. Und so sehr man bedauern mag, daß bei einer Aufhebung des Braumalzsteuerzuschlages ohne Einführung einer anderen Besteuerung die Gemeinde einen erheblichen Ausfall erleidet, die Brauereien aber eine Art Liebesgabe erhalten, die den Konsumanten in keiner Weise zugute kommen wird, so dürfte es doch gar keinen anderen Weg geben, als die strikte Ab-

rechnung der vom Magistrat geplanten Bierbesteuerung.

Redigiert die schlechte staatliche Finanzgesetzgebung trägt die Schuld, daß die Gemeinden in ihrem finanziellen Gebaren an Händen und Füßen gefesselt sind. Es ist immer wieder die Forderung zu erheben, daß den Gemeinden durch eine gerechtere Kommunalsteuer, die die untersten Klassen freiläßt und durch Einführung einer Vermögenssteuer für die Gemeinden die Möglichkeit einer geordneten Finanzwirtschaft gegeben wird.

## Partei-Angelegenheiten.

6. Wahlkreis. Gefunden. Am Montagabend ist in der „Neuen Welt“ ein Redaktions mit zwei Photographien gefunden. Dasselbe kann in unserem Bureau, Neue Hohestr. 23, in der Zeit von 9—1 und 4—8 Uhr abgeholt werden.

Wilmersdorf-Pantow. Freitagabend 8 1/2 Uhr findet im Viktoriagarten, Wilhelmstraße 115, eine Vollerwahlversammlung statt, in der der Kandidat zu der bevorstehenden Landtagswahl, Genosse Hofer, und der Reichstagsabgeordnete unseres Kreises, Genosse Kubeil, über Landtagswahl und Freiheitskampf in Preußen sprechen werden.

Friedenau. Am Freitag, den 10. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Abrechtsdorf“ Steglitz: Öffentliche Volks- und Wählerversammlung. Referenten Landtagsabgeordneter G. Ströbel und der Kandidat Guido Hofer. Genossen! Sorgt für Massenbesuch!

Ober-Schöneweide. Sonntag, den 12. Januar, nachmittags 2 Uhr: Öffentliche Versammlung im Wilhelmshof. Genossen! Sorgt für guten Besuch der Versammlung.

Reinickendorf-Ost und -West. Freitag, abends von 7 Uhr an: Flugblattverbreitung zu der am Sonntag mittags 1 Uhr im Schützenhause stattfindenden öffentlichen Protestversammlung.

Röntgenal. Heute, abends 8 1/2 Uhr, Jahlabend bei Marg.

Buch. Freitag, den 10. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Jahlabend bei Starke.

Sepernik. Freitag, den 10. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Jahlabend bei Vendermann.

Bernsdorf. Am Sonntag, den 12. Januar, im Lokal von J. Knorr: Generalversammlung des Wahlvereins. Wichtige Tagesordnung.

## Berliner Nachrichten.

### Zum Verkauf russischen Fleisches.

Einfuhrreiche Kreise sind, wie wir gestern bereits mitteilten, am Werke, um die Einfuhr russischen Fleisches über den 1. April 1913 hinaus zu verhindern. Die „Vossische Zeitung“ glaubt Grund zu der Feststellung zu haben, daß die Stadtverwaltung von Berlin mit dem größten Ernst ständig bemüht sei, die Frage der Fleischversorgung zu regeln und den Fleischvertrieb womöglich noch billiger zu gestalten. In den Landwirtschaftsminister sei bereits der Antrag gestellt, die Genehmigung für den auswärtigen Fleischbezug auch nach dem 1. April zu erteilen. Es seien ferner schon alle Vorkehrungen getroffen, um auch im heißesten Sommer das russische Fleisch unterzubringen. So werden zurzeit auf dem städtischen Schlacht- und Viehhofe die alten Kühllager bereits umgebaut und der dritte Stock zur Aufnahme des russischen Fleisches eingerichtet. Die entsprechenden Beschlüsse des Magistrats seien bereits seit einiger Zeit bekannt.

Diesen Mitteilungen gegenüber müssen wir unsere gestrigen Meldungen aufrechterhalten, auch dann, nachdem das Nachrichtenamt der Stadt Berlin die Meldung der „Vossischen Zeitung“ bestätigt.

Wir bleiben dabei, daß einfuhrreiche Kreise mit allem Nachdruck an der Beseitigung der ausländischen Fleischzufuhr arbeiten. Gelingt diesen Kreisen ihr volksverräterisches Vorhaben, so darf die Berliner Bevölkerung sicher sein, daß mit dem Aufhören der russischen Fleischzufuhr bei der außerordentlichen Viehknappheit die Preise für Fleisch nach dem 1. April 1913 wieder erheblich in die Höhe schnellen und Preise verlangt werden, wie sie noch nie erreicht worden sind. Ist auch die eingeführte Menge des Fleisches bei dem in Berlin benötigten Fleischbedarf nur eine verhältnismäßig minimale, so ist doch nicht zu leugnen, daß diese Einfuhr preisdrückend auf die hiesigen Fleischpreise gewirkt hat, genau so, wie die Einfuhr von Seefischen durch den Magistrat eine preisdrückende Tendenz ausgeübt hat.

Die Berliner Bevölkerung wird sich durch Abklegungen von ihrer Pflicht, ernsthaft gegen die Preisreiber und die Arbeit hinter den Kulissen Front zu machen, nicht abhalten lassen. Sie wird vielmehr am Sonntag den regierenden Herren im Rathaus und außer demselben die Antwort geben, die ihnen gebührt.

Arbeiter! Parteigenossen! Erscheint am Sonntag zahlreich in den Versammlungen!

### Aus der Arbeit der Schulärzte Berlins.

Im Auftrage der Schuldeputation der Stadt Berlin hat für das Schuljahr 1911/12 wieder der Schularzt Sanitätsrat Dr. Paul Meyer aus den Einzelberichten der 50 Schulärzte einen Gesamtbericht zusammengestellt, den jetzt der Magistrat bekanntgibt.

Au der Spitze des Berichtes steht eine Angabe, die der vertrauensvolle, sie unbesehen hinnehmende Leser als einen Fortschritt zum Besseren begrüßen wird. Diesmal wurden aus den Schulanfängern 9,72 Proz. wegen einstweiliger Schulunfähigkeit ausgesondert und vom Schulbesuch noch zurückgestellt, während das im vorhergehenden Schuljahr bei 10,55 Proz. nötig gewesen sein soll.

Hieraus könnte gefolgert werden, daß der Entwicklungs- und Gesundheitszustand der Schulanfänger erfreulicherweise weniger ungünstig als im Vorjahr war. Doch die Angabe, daß im Vorjahr „10,55 Proz.“ zurückgestellt worden seien, ist offenbar falsch. Nachdem der vorletzte Bericht sie gebracht hatte, ist sie in dem neuesten Bericht wiederholt worden, obwohl schon damals im „Vorwärts“ auf diesen Fehler hingewiesen worden war. Im 1910/11 wurden 33 671 Schulanfänger untersucht und 3193 zurückgestellt, das sind nicht „10,55 Proz.“, wie der vorletzte Bericht falsch herausrechnete, sondern 9,48 Proz. Aus 1911/12 teilt der neueste Bericht mit, daß 33 938 Schulanfänger untersucht wurden. Er nennt aber jetzt nicht mehr die absolute Zahl der Zurückgestellten, sondern begnügt sich mit der Angabe, daß 9,72 Proz. zurückgestellt worden seien. Um das nachzuprüfen, muß man selber aus der Liste der Krankheitszustände, die eine Zurückstellung nötig machten, sich die Zahl der Zurückstellungen berechnen. Die Addition ergibt 3293 Zurückstellungen, das wären bei 33 938 Schulanfängern 9,70 Proz., so daß diesmal die Angabe des Berichtes wenigstens annähernd stimmt. Hiernach wäre von 1910/11 zu 1911/12 der Anteil der Zurückgestellten nicht von 10,55 auf 9,72 Proz. heruntergegangen, sondern von 9,48 Proz. leidet weiter auf 9,70 Proz. gestiegen. Man ist es gewöhnt, daß in Veröffentlichungen der Stadtverwaltung allerlei Unrichtigkeiten vorkommen, die nur selten hinterher berichtigt werden. Hier aber hat die Deffenlichkeit doch wohl ein Recht, zu fordern, daß durch offizielle Erklärung festgestellt wird, welche Zahlen denn nun richtig sind.

Einstweilen wollen wir unsere eigene Berechnung für zutreffend halten. Wir müssen somit annehmen, daß in dem Gesamtbild der von den Schulärzten vorgefundenen Verschlimmerung des Nachwuchses der Arbeiterklasse sich noch nichts gebessert hat. Unerfreulich, wie dieses Ergebnis, wirkt auch die Liste der Gründe, aus denen die Zurückstellung für nötig gehalten wurde, der Krankheitszustände, an denen die Zurückgestellten litten. Sie bietet im wesentlichen daselbe Bild wie im Vorjahre. Obenan steht ungenügender Kräftezustand mit 1317 Fällen, Rachitis mit 377 Fällen, Strophulose mit 140 Fällen. Aus den übrigen Krankheiten seien hier nur noch genannt Lungentuberkulose mit 151 Fällen, sonstige Lungenleiden mit 134, Nervenleiden mit 133, Wirbelsäuleverkrümmungen mit 89.

Neben diesen Schulkranken, die als noch schulfähig zurückgestellt werden mußten, verdient Beachtung die mehr als doppelt so große Zahl derjenigen, die zwar eingeschult, aber bis auf weiteres in besondere ärztliche Ueberwachung genommen wurden. Wir stellen fest, daß hier diesmal eine beträchtliche Minderung eingetreten ist. Aus der Liste der Krankheitszustände, die eine Ueberwachung nötig machten, zählen wir heraus: für das vorletzte Jahr bei 33 671 Schulkranken 7946 in Ueberwachung genommen, sind 23,60 Proz., dagegen für das letzte Jahr bei 33 938 Schulkranken 7100 in Ueberwachung genommen, sind 20,92 Proz.

Betrachtet man auch hier die Liste der Krankheitszustände, die eine Ueberwachung geboten erscheinen ließen, so muß man sich freilich über die Ursache dieser „Vesserung“ seine Gedanken machen. In 1911/12 (besser im Vorjahr 1910/11) wurden in Ueberwachung genommen z. B. wegen ungenügenden Kräftezustandes 1030 (1068), Rachitis 438 (379), Strophulose 404 (436), ferner z. B. wegen Lungentuberkulose 122 (184), wegen anderer Lungenleiden 200 (215). Bei diesen Gruppen ist gegenüber dem Vorjahre teils ein Plus, teils ein Minus zu verzeichnen, doch handelt es sich hier und auch bei den meisten anderen Gruppen um Zu- und Abnahmen, die für die Gesamtzahl nicht viel bedeuten. Erhebliche Abnahmen finden wir dagegen bei folgenden drei Gruppen: Nasen- und Rachenleiden 688 (954), Wirbelsäuleverkrümmungen 536 (744), Brustschäden 375 (531). Man sieht, daß allein bei diesen drei Gruppen sich eine Abnahme von zusammen 630 ergibt. Sollen wir annehmen, daß hier die pflanzliche „Vesserung“ auf natürliche Weise zustande gekommen ist? Es wäre doch sonderbar, wenn z. B. die Wirbelsäuleverkrümmungen und die Brustschäden ganz plötzlich sich so stark vermindert hätten. Liegt nicht die Annahme näher, daß die Schulärzte — vielleicht infolge einer ihnen erteilten Anweisung — jetzt mit anderem Maß messen?

Man müßte dann fragen, warum die Anforderungen an den Gesundheitszustand eines in die Volksschule aufzunehmenden Kindes bescheidener geworden sind. Am Ende ist diese Beschränkung zu erklären aus der Einsicht, daß für 50 Schulärzte, wenn deren Zahl nicht vermehrt wird, das Meer der zu Ueberwachenden nicht wie bisher weiter wachsen darf. 47 619 Kinder standen im letzten Jahr in Ueberwachung, das sind 21,22 Proz. von überhaupt 224 424 Gemeindegeltern. Darunter waren, um hier nur ein paar Einzelzahlen zu nennen, 7836 Kinder mit ungenügendem Kräftezustand, 1745 mit Rachitis, 2316 mit Strophulose, 1617 mit Lungentuberkulose, 1220 mit anderen Lungenleiden, 1831 mit Nervenleiden, 3563 mit Wirbelsäuleverkrümmungen, 2776 mit Brustschäden usw. usw. Wieviel von der Fürsorge der Schulärzte kann bei einem solchen Meer fränklicher und schwächlicher Kinder jedem einzelnen Kind zuteil geworden sein? Im vorletzten Bericht las man: „Damit die Tätigkeit der Schulärzte nicht verflacht, sondern im Gegenteil noch mehr vertieft werden kann zum Wohl der Schulkinder, ist es notwendig, die Zahl der Schulen, die dem einzelnen Schularzt überwiesen sind, herabzusetzen.“ Der neueste Bericht sagt über diese Frage — nichts.

### Briefklang.

Wir fahren mit dem Vorortzuge um 8,35 vom Lehrter Hauptbahnhof nach Pankow (3. Klasse 40 Pf.). Wer in der Nähe der Stadt- oder Ringbahn wohnt, kann den Anschluß an den genannten Zug auch an den Bahnhöfen Pankowstraße,



Notwendig.

Im Oberlin-Krankenhaus besteht die Einrichtung, daß Diensthilfen im Erkrankungsfall freie Kur und Verpflegung bis zu sechs Wochen gegen Zahlung eines Jahresbeitrages von 8 M. gewährt werden kann.

Spandan.

Eine fieberhafte Tätigkeit für den Ausbau ihrer Organisationen entfalten bereits am Beginn des neuen Jahres die Gegner, sowohl die Konservativen als auch die Freisinnigen, um in den späteren Kämpfen der Sozialdemokratie um so gerüsteter entgegenzutreten zu können.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Treptow-Baumschulweg. Freitag, 10. Januar, abends 6 Uhr, im Rathhaus. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Eingemeindung Johannisbad.

Emgegangene Druckschriften.

Das Sturmgedicht. Diesen Titel führt der Hauptroman, mit dem die Schrift 'Im freien Stunden' ihren 17. Jahrgang beginnt.

Der Staatsbürger. Halbmonatsschrift. 4. Jahrg. Heft 1. Herausgegeben von Prof. Dr. H. Dorn und Dr. O. Kerschbamer.

Recht und Wirtschaft. 2. Jahrg. Heft 1. Monatsheft. Jahrgang 10 M. - E. Heymann, Berlin W. 8.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in den Tagen 69, von vier bis sechs Uhr abends, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt.

1. Landesversicherungsanstalt in Sachsen-Weimar, Merseburg.

Die Untertänigkeit kann nach dem Landgericht den Antrag auf Verleihung eines Rechtsanwalts zum Zwecke der Antragsstellung der Aufhebungsklage stellen, falls der Vormund nicht eine solche Klage erheben will.

Witterungsbericht vom 8. Januar 1913.

Table with columns: Stationen, Parameter, Wert, Stationen, Parameter, Wert. Rows include Berlin, Hamburg, Frankfurt, München, Wien.

Wetterprognose für Donnerstag, den 9. Januar 1913.

Ein wenig kälter, zweitens aufklarend, vorwiegend neblig oder wolkig bei ziemlich trübem östlichen Winden; keine wesentlichen Niederschläge.

Wasserstands-Nachrichten.

Table with columns: Wasserstand, am 7.1., seit 6.1., Wasserstand, am 7.1., seit 6.1. Rows include Remel, Fichtelberg, Regal, Fichtelberg, Ober, Ratibor, Franfurt, Barthe, Landberg, Rehe, Vordamm, Gils, Reimberg, Dresden, Barby, Magdeburg.

Todes-Anzeigen. Sozialdemokratischer Wahlverein l. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreises.

Karl Sydow. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 9. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem Volksgarten-Kirchhof in Mariendorf.

Ernst Retzlaff. Nach langer Krankheit starb am 7. Januar unser lieber Mitarbeiter, der Buchdrucker-Hilfsarbeiter Ernst Retzlaff.

Ernst Retzlaff. im Alter von 31 Jahren. Sein kollegialer Sinn und lebendiger Charakter werden dem Verstorbenen ein bleibendes Andenken bewahren.

Ernst Retzlaff. im Alter von 31 Jahren. Sein kollegialer Sinn und lebendiger Charakter werden dem Verstorbenen ein bleibendes Andenken bewahren.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands. Karl Haase. Sein Andenken zu geben. Der Verstorbene hat an unserer Bewegung stets regen Anteil genommen.

Fritz Neumann. Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Vater, der Drochsenführer Fritz Neumann, nach kurzem schweren Leiden verstorben ist.

Frauen-Sterbekasse der Deutschen Wagenhauer. Louise Großmann. Frau Louise Großmann geb. Zoch. Ehre ihrem Andenken!

Dankagung. Für die vielen Beweise der liebevollen Teilnahme bei der Beerdigung unserer lieben Großmutter Henriette Apel.

Grtskrankenkasse für das Goldschmiedgewerbe zu Berlin. Am 18. Januar 1913, abends 8 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Unter den Eichen 15, Saal 3, die Ordentliche General-Versammlung sämtlicher Delegierten statt.

Dr. Simmel. Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, nicht am Moritzplatz.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Sigmöbelbranche! Montag, den 13. Januar, abends 5 1/2 Uhr, im 'Märkischen Hof', Admiralsstraße 18c: Versammlung.

Maschinenarbeiter! Sonntag, den 11. Januar 1913, im Kurort 'Thunmühl': Sommerfest. Anfang 9 Uhr. Billets 50 Pf.

Spezialarzt Dr. Homeyer. Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beintraue jeder Art, Gicht, Gicht, Gicht.

Masken-Garderobe. Willi Ernst. Köpenicker Straße 55b, I. Gr. Auswahl! Bill. Preise! Vorzüglicher dieser Annonce enthält 10 Proz. Preisermäßigung.

Einladung ins Marinehaus an der Jannowitz-Brücke. Am Donnerstag, den 9. d. M., 8 1/2-10 1/2 Uhr abends beginnt ein Anfangskursus im Englischen mit Korrespondenz und Lichtbildern.

Phänomen German life Cigaretten. Phenomen Club 3s, German life 4s, Odaiska 5s. Heines Werke Buchhandlung Vorwärts.

